

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Das Blatt erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Ritsch, Magdeburg. — Verantwortliche Sekretäre: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz 2 1/2, monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 cgl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Abo-Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühr die selbige, wie bei den Zeitungen Nr. 212

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Fringerlohn) 3 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Ein Jahr 10 M. 25 Pf. In der Expedition und den Verkaufsstellen vierteljährlich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 cgl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Abo-Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühr die selbige, wie bei den Zeitungen Nr. 212

Nr. 134.

Magdeburg, Freitag den 12. Juni 1903.

14. Jahrgang.

Die Magdeburger Hammelherde.

In keinem Wahlkreise hat der Wahlkampf seitens unsrer Gegner ein solches Maß an Komik, an herzerfrischem Humor, an heiter stimmender Hilfslosigkeit zu Tage gefördert, wie in Magdeburg. Die Herren Nationalliberalen haben sich am Mittwoch in einer Versammlung bitter beklagt, daß die „Volksstimme“ von den Zusammenkünften der Herren so wenig bringt. Auch wagte es einer von den Leuten, welche an der den denkbar niedrigsten geistigen Tiefstand beweisenden Zusammenkunft teilnahmen, von einer sozialdemokratischen „Hammelherde“ zu sprechen.

Mit grenzenloser Heiterkeit und unbändigem Vergnügen wird jeder, der einen Sinn für des Schicksals bittere Ironie besitzt, die Geschichte der Kandidatur Arendt als eine der köstlichsten Episoden unsrer sonst ersten Zeitläufte betrachten. Mit Herrn Arendt, den wir als einen tadellofen Ehrenmann kennen und für persönlich ehrenhafter, wie manchen unter den Kandidaten derselben Partei an andern Orten halten, haben wir aufrichtiges Mitleid. Fast ist es gewissenlos, daß man den Nähmaschinenfabrikanten überredete, plötzlich eine politische Rolle zu spielen, viellecht nur, um dem vielgewandten Landgerichtsrat Schiffer Gelegenheit zu geben, als Wahlredner zu fungieren und sich zum sicheren Landtagsmandat vorzubereiten. Der wortgewandte Redner kam in den Versammlungen der Magdeburger Nationalliberalen glänzend, denn unter den Blinden ist der Eindäugige König. Er schätzte sein Publikum richtig ein; er durfte ihm sogar die wohlklingende Phrase von der „roten Lohse“ zumuten, die Lili angezündet und welcher die Sozialdemokratie entspringt. Herr Schiffer's Ruhm wird deshalb hell erstrahlen bis an die Sterne — wenn auch nur bis an die Ordeknisterne.

Der arme Arendt! Noch im vorigen Jahre ließ er eine Petition gegen jede Erhöhung der Kornzölle bei seinen Arbeitern kursieren. Noch niemals ist von Arbeitern eine Petition, deren Bestätigung der Arbeitgeber wünschte, freudigeren Herzens unterschrieben worden, wie damals. Und heute kandidiert Herr Arendt für dieselbe Partei, auf welche die damalige Petition nicht den geringsten Eindruck machte. Er muß dieselbe Partei vertreten, deren Anschauungen er einst verdammt. Ja, noch mehr! Auch während des Wahlkampfes erklärte er sich als Gegner der Kornzölle und bekämpfte sogar die Mindestzölle im angenommenen Zolltarif. Doch mit des Geschicklichen Mächten und mit der nationalliberalen Parteileitung ist kein ewiger Bund zu schließen! Raum waren Herrn Arendt ganz treffende Worte über die Zollpolitik entfallen, da wird die Broschüre des Herrn Dr. Böhrs verbreitet, die zur Wahl des Herrn Arendt auffordert — weil Zollserhöhungen dringend nötig seien.

Noch nie hat in Deutschland ein Wahlkandidat eine widerspruchsvollere, noch nie eine unklarere und amüsantere Rolle gespielt wie Herr Arendt, dessen Gutwilligkeit die schmutzigen Intendanten der Magdeburger Wahlkommission in einer Weise ausnützen, die fast einen Hund jammern könnte.

Da die Herren sich beklagten, daß wir als die schärfere Partei Magdeburgs, einer uneinnehmbaren Hochburg der Sozialdemokratie, aus Schonung für den von uns als Mensch geschätzten Herrn Arendt über ihre Versammlungen voll Erbarmen schweigen und sie — man denke, diese Schächer! — uns dieses lächerlichen Schweigen als Schwäche auslegen, lassen wir nunmehr einen Bericht von ihrer letzten Versammlung sogar an leitender Stelle folgen. Warum nicht auch einmal eine humoristische Nummer inmitten der leidenschaftlichen Hitze des Wahlkampfes! Die Herrchen sollen ihren Willen haben.

Uns ging folgender Bericht zu: Für die Kandidatur Arendt fand am Mittwoch abend im „Hohenzollernpark“ eine Versammlung der „Mittelständlichen“ Parteien statt. Ein großer Teil der Anwesenden bewies durch seine behäbige Körpergröße, daß für ihn keine Veranlassung besteht, einen Sozialdemokraten zu wählen. Der Vorsitzende beendete seine Eröffnungsrede mit dem obligaten Hoch, worher erwarrend, daß nur „staatsbehaltende“ Wähler eingeladen seien, jedoch auch Wählern anderer Parteien, wenn sie sich mühsig verhielten, „das Gerecht“ gemacht würde!

Als erster Redner entwickelte Herr Arendt kurz sein „Programm“. Er freute sich über die in Magdeburg nach der Ermahnung des Herrn Dr. Sattler zu stände gekommene Einigkeit der bürgerlichen Parteien. Er trete ein für die Sozialgesetzgebung, Haushandwerkerlohn ufm., für Vermehrung und Ausbau von Meer und Flotte. Er sei sich der schweren Verantwortung als Volksvertreter voll bewußt und werde sich nur leiten lassen von der Nächstenliebe und Vaterlandsliebe. (Vom Zolltarif schwieg diesmal Herr Arendt vollständig.)

Herr Rechtsanwalt Kaufmann bezeichnete es als einen un würdigen Zustand, daß Magdeburg durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten ist. Mögen die Bürger der Büchelstadt helfen, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Kaufmann sei kein Volk, sondern ein Klagenvertreter. Der Punkt müße zur Löblichen Flamme aufgehen. Es herrsche Unsicherheit in den leitenden Kreisen der hiesigen Sozialdemokratie, das beweise das Fehlen der Berichte in der „Volksstimme“ über die nationalliberalen Versammlungen. Die Bewegung sollte totgeschwiegen werden. Selbst ausgenutzt würde der Fall Arendt, den doch aber nur einige Unterbeamte verschuldet hätten. (Gatten die Vorgesetzten keine Augen?) Er wiederhole, selbst auf die Gefahr hin, ebenso angegriffen zu werden wie Herr Schiffer: Unser Kandidat ist ein Programm. Nicht Arendt, sondern Kaufmann sei ein unbeschriebenes Blatt in der Sozialdemokratie, man habe von Kaufmann im Reichstag noch nichts gehört. (Nur Herr Kaufmann nicht. Die Magdeburger Arbeiterpartei erinnert sich mit Stolz der ausgezeichneten sozialpolitischen Anregungen, welche unser Pfannkuch bei der Beratung des Etats des Reichstages

des Innern gab und welche bei dem Grafen Posadowsky nicht unbeschadet blieben. D. Red.)

Es folgte nunmehr jene Stelle, auf welche Genosse Landsberg gestern im „Luisenpark“ geantwortet hat und bezüglich deren wir auf den Versammlungsbericht verweisen. Nunmehr kommt Herr Kaufmann, bekannt aus den Kriegervereinsversammlungen als der „Herr“ Kamerad, auf das Flugblatt „Wilhelm der Große“ zu sprechen, das eine Geschicklichkeit offenbare, und das sich gegen unsere „leure (!) Monarchie“ richte.

Nach einigen Aeußerungen über den Zukunftsstaat ließ der Herr einige Sätze des letzten Wahlauftritts der „Volksstimme“ vor und zeigt dabei den Verammelten das „schädliche“ Blatt, welche darob in ungeheures Gelächter ausbrachen. Mit der „Wacht an der Elbe“ schloß Redner.

Herr Jacobi-Scheebing, als Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, der uns bekanntlich sein Mandat in der Stadtverordneten-Versammlung ver dankt, erklärte, daß die Einigung infolge der maßlosen Angriffe seitens der Sozialdemokraten auf die bürgerlichen Parteien, insbesondere auf die Freisinnigen, entstanden sei.

Nunmehr kam die Hauptnummer des Abends, der Parteimann des hiesigen Ordnungsrates, der Vertreter der konservativen Partei, Rechtsanwalt Schenk: Die gegenwärtigen Zustände seien nur möglich infolge der „politischen Unreise der Arbeiterklasse, die sich leithauneln lassen!“ Der bisherige Abgeordnete werde ein ungefüllter Pfannkuchen bleiben. Wenn die sozialdemokratische Hammelherde nicht umkehre, werde mal aus der Urne ein Reichstag hervorgehen, der zum Himmel fliegt!

Nach einer Rede des Herrn Stein, die wir im lokalen Teil gesondert behandeln wollen, erklärte Herr Arendt zum Schluß noch, daß er kein Phrasenheld sei; er habe ein warmes Herz, was er im Falle seiner Wahl beweisen werde.

Die Wärme seines Herzens wollen wir Herrn Arendt nicht abstreiten. ... Wenn wir ihn heute angreifen müssen, weil er leider unter die Politiker gegangen ist, so wird er vielleicht mit seinem Freunde Schenk beklagen, daß wir uns eines so rohen Tones befließen. Wenn der Reichstag einst zum Himmel fliegt, dann wird Herr Rechtsanwalt Schenk, der vornehmste unter den Juristen, mit seinen Worten selbst diese Atmosphäre übertrumpfen. Die Reden des Herrn Schenk gleichen gewissen unentbehrlichen Gefäßen, wenn sie gefüllt sind. —

Die Herren fangen an zu schimpfen! Wir aber beginnen zu lachen. ... Wenn wir mit der uns entgegengesetzten Parodie auf einen Wahlkampf nicht mit Leichtigkeit fertig werden würden, dann würde die Magdeburger Arbeiterschaft jedes Ansehen einbüßen! Darum an die Arbeit, Kampfgemeinen! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Juni 1903.

Der Untergang der Dynastie Obrenowitsch.

Wir erhalten folgenden Drahtbericht:

Belgrad, 11. Juni. Eine Militärverschwörung hatte beschlossen, den König Alexander abzusetzen und den Prinzen Karageorgewitsch zum König zu proklamieren. Die Verschworenen drangen 1 Uhr nachts in den Konak ein. Die Leibgarde leistete nur schwachen Widerstand. König Alexander und Königin Draga wurden tot im Bette aufgefunden.

Wie verlautet hat König Alexander zuerst die Draga und dann sich selbst getötet.

Der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Minister des Innern widersetzten sich der Verhaftung und wurden ermordet. Ebenso der Vender der Königin Draga. Nach einer andern Version soll das Königspaar von Anhängern des Karageorgewitsch ermordet worden sein. —

Es wird abzuwarten sein, welche Folgen der Untergang der Dynastie Obrenowitsch haben wird. Da der König keine Erben hinterlassen hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kronprinz Alexander Karageorgewitsch nunmehr König des Landes wird.

Die Dynastie Karageorgewitsch wurde im Jahre 1813 gestürzt, als Karadjordje, der Stammvater der Familie, im Jahre 1813 im Kriege zu Oesterreich überging. Doch wurde die Dynastie Obrenowitsch, welche nunmehr eingesetzt wurde, im Jahre 1842 wieder von der andern Herrscherfamilie gestürzt, um 1858 wieder eingesetzt zu werden. Die Sünden Milans, der Staatsstreich Alexanders und das Familienpaar des jugendlichen Monarchen, der mit seiner Draga gar zu viel Raubur gehabt hatte, haben die Militärvölke vorbereitet.

Die Pläne Chamberlains.

Wie wir bereits mehrfach gemeldet haben, hat der Minister Chamberlain in wiederholten Reden eine neue Zollpolitik als für Englands Handel günstig und notwendig empfohlen. Chamberlain erzählte mit seinen schutzvölkerischen Projekten bei allen maßgebenden englischen Politikern allgemeine Verblüffung. Am Dienstag hätte er Gelegenheit gehabt, im Abgeordnetenssaal seine Pläne dem Parlament darzulegen, wenn er nicht vorhergegangen wäre, sich zu — drücken. Gelegentlich der Beratung eines Antrags betr. Verbehaftung der

(nach Beendigung des Burenkriegs nach kurzem Bestehen wieder aufgehoben) Getreideeinfuhrzölle, erklärte sich dem früheren Minister Hicks Beach gegen diesen Antrag und gegen die Chamberlain'schen Zollpläne. Der Ministerpräsident Balfour und Chamberlain waren nicht anwesend.

Dagegen ließ der Schatzkanzler Ritchie in seiner Rede keinen Zweifel, daß Chamberlain sogar bei seinen Kollegen keinen Beifall mit seinen Plänen findet. Ritchie sagte u. a.:

Die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien sei eine große und wichtige, welche zur Beschlußfassung vor das Land treten würde. (Rufe: Wann? Schatzkanzler Ritchie: Auf alle Fälle nicht jetzt. Heiterkeit.) Bedächtig vom Manuskript lesend, führte Ritchie aus, diejenigen Mitglieder der Regierung, die bisher gesprochen hätten, hätten nur für sich selber und nicht für die Regierung gesprochen. (Oh, oh! und höhnische Zurufe bei der Opposition.) Chamberlain habe in seiner ersten Rede ausdrücklich gesagt, er spreche nur für sich selber. Es sei für die Regierung natürlich unmöglich, ihre Ansicht über die Lage nicht auszusprechen. Auch was die Mitglieder der Regierung, die in dieser Sache gesprochen haben, betreffe, so sei alles, was sie ausgeführt hätten, daß die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien erörtert und untersucht werden solle. Er seinerseits würde überprüft sein, wenn die Unternehmung irgend ein praktisches Mittel ergäbe, diese Politik auszuführen. (Lauter Beifall bei der Opposition.) Er bekenne sich als überzeugter Freihändler und teile nicht die Ansichten derjenigen, welche glauben, daß irgend ein Mittel ausgedacht werden könne, um die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich im Zusammenhang mit diesem Problem darstellen, und, wie er gegenwärtig beziraten sei, könne er sich nicht zu einer Politik bekennen, welche seiner Ansicht nach sowohl Großbritannien als auch seine Kolonien schädigen würde. (Beifall bei der Opposition.) Er schreie vor keiner Unternehmung der Frage zurück, welche er vielmehr in der Tat zusammen mit allen seinen Kollegen von jedem Gesichtspunkt aus als äußerst wünschenswert erachte. (Beifall bei der Opposition.) Howard Vincent (konserbativ) unterbrach den Redner mit der Frage, ob er für sich selbst oder für die Regierung gesprochen habe. Schatzkanzler Ritchie antwortete unter Beifall und Heiterkeit, wenn Vincent seinen Ausführungen aufmerksam gefolgt sei, werde er herausgefunden haben, daß er an einigen Stellen für die Regierung, an andern für sich selbst gesprochen habe. Ritchie rechtfertigte sodann die Aufhebung des Kornzölles.

Diese Vorgänge im englischen Unterhause haben eine gewaltige Aufregung in der politischen Welt Englands hervorgerufen. Liberale regten die Auflösung des Parlaments an. Die hervorragenden Zeitungen Londons halten den Rücktritt Chamberlains für unvermeidlich.

Chamberlain ist viel zu „vielseitig“, als daß er sich nicht aus dieser Schlinge ziehen könnte. —

Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Die städtische 228 Millionen-Anleihe, für welche der Magistrat die staatliche Genehmigung nachgesucht hat, liegt gegenwärtig dem Finanzministerium zur Prüfung der Ausstellungen vor, welche der Oberpräsident der Provinz Brandenburg gegen einzelne Positionen der Vorlage erhoben hat. —

Das „Ministerialblatt für Medizinalangelegenheiten“ teilt als Entscheidung des ärztlichen Ehrengerichtshofes mit: Die Verweigerung ärztlicher Hilfeleistung in Fällen dringender Lebensgefahr, mag diese durch eine plötzliche schwere Erkrankung oder durch die plötzliche Verschlimmerung einer bereits bestehenden Krankheit herbeigeführt sein, enthält einen Verstoß gegen die ärztlichen Standespflichten. —

Der Zolltarif genügt noch nicht, das Volk soll noch durch neue indirekte Steuern gechröpft werden. Gerade zur rechten Zeit vor den Wahlen erfährt der „Borm“ aus München, wie in Deutschland „Reichsfinanzreform“ gemacht werden soll.

Dem „Borm“ wird telegraphiert:

Ministerpräsident v. Podewils erklärte einem Vertreter der „München. Ztg.“, daß Tabak- und Biersteuer bei der demnächstigen Konferenz der Finanzminister zur Begünstigung des Entwurfes einer Reichsfinanzreform nicht umgangen werden könnten. Die bayerische Regierung habe wiederholt im Landtage ihren Standpunkt zu dieser Steuerfrage dargelegt. Da sich die Lage der Dinge nicht geändert habe, so habe auch die bayrische Regierung keinen Anlaß, ihre Stellungnahme zu ändern.

Die Konferenz der Finanzminister aller Bundesstaaten soll zwar erst stattfinden, aber der bayerische Finanzminister hat zur besten Zeit vor den Wahlen das Rezept ausgeplaudert, nach dem die Konsumenten von Tabak und Bier den Staatsfiskus füllen sollen. Das Volk hat am 16. Juni Gelegenheit hierauf die gebührende Antwort zu geben. —

„Kaiser Wilhelm 2. Land!“ Das ist der Name der neuesten deutschen „Reise“. Die nach Perliern Wältern von der Welt auf dem Seewege begrenzten deutschen Südpolarexpedition entdeckt worden ist. Das Land mit dem

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Die letzten Tage vor den Wahlen müssen uns alle veranlassen, bis zur höchsten Erschöpfung unserer körperlichen und geistigen Kräfte an die Arbeit zu gehen. In Stadt und Land, überall da, wo das Herz der Arbeiter für unsere gerechte Sache schlägt, haben sich die Proletarier zu den unerlässlichen Arbeiten zu vereinigen, welche von den Wahlkomitees und Vertrauensmännern beansprucht werden. **Sparte Arbeiten, deren Erfüllung unanßererlei Mühsal bedingt, werden von Euch verlangt.** Jeder brave Sozialdemokrat, jeder, dem es ernst ist mit seiner Liebe zu unserer Partei, mit seiner Teilnahme für die leidende Menschheit und mit seiner Sehnsucht nach Freiheit, wird mit Stolz und freudiger Begeisterung alle Arbeiten auf sich nehmen, welche im Interesse des Wahlsieges notwendig sind, **und in unsern Reihen gibt es noch Idealismus.**

Wenn schlägt nicht das Herz vor Freude, wenn er sieht, wie eine Reihe unserer besten Genossen sich durch keine Mühsal verbiegen lassen, treuhaft und treppab zu laufen und wenn sie auch nach harter Fron im Dienste des Kapitals fast zusammenbrechen — gerade durch die mühsame Partearbeit, dank des ergebenden Gefühls treuer Pflichterfüllung, wieder leichter ihres Lebens Sorgen ertragen? Das gilt für alle unsere Freunde. Für Magdeburg insbesondere erinnern wir noch an die wichtigen Aufgaben, welche gestern bereits in der „Volksstimme“ angekündigt waren.

Es werden für Magdeburg und die umliegenden ländlichen Wahlkreise Hunderte, ja Tausende tüchtiger Parteigenossen zur Flugblattverbreitung am kommenden Sonntag und zur Wahlarbeit am Wahltage gebraucht.

Alle diejenigen, welche ihre Kraft der Partei zur Verfügung stellen wollen, haben sich am

Freitag den 12. Juni, abends 8 Uhr,

in folgenden Lokalen zu melden: Magdeburg, Friedrichstadt und Werder im „Dreikaiserbund“; Neue Neustadt im „Weißen Hirz“; Alte Neustadt bei Wilh. Lachenmacher; Sudenburg in der „Berbster Bierhalle“; Buckau im „Thalia“; Wilhelmstadt im „Luisenpark“.

Die Radfahrer, welche sich am Wahltage zur Verfügung stellen, sowie diejenigen, welche am Abend die Wahlergebnisse nach den einzelnen Versammlungsloteren befördern wollen, haben sich ebenfalls am Freitag abend im „Dreikaiserbund“ einzufinden, um dortselbst ihre Instruktionen zu erhalten.

Zur Flugblatt-Verbreitung in Magdeburg

haben sich sämtliche Parteigenossen — auch diejenigen der Vororte Neustadt, Sudenburg, Buckau — am kommenden

Sonntag den 14. Juni, morgens 6 Uhr, im „Dreikaiserbund“

einzufinden, da zunächst die Altstadt regelrecht mit Flugblättern belegt werden muß.

Genossen! Uns Werk! Je größere Opfer an Mühe und Zeit jemand für unsere gerechte Sache gebracht hat, mit um so ruhigerem Gewissen wird er der Verfündigung des Wahlergebnisses entgegensehen können.

Die Wahlversammlung.

(Den Wählerfrauen gewidmet.)

Von Max Kegel

Ich rate, holde Weiblein, auch,
Daß ihr nicht großt und schmächt,
Wenn oft des Abends euer Mann
Zur Wahlversammlung geht.

Er waret dort des Volkes Recht,
Er kämpft dort für sein Brot,
Er schützt der Kinder Zukunft dort
Vor Knechtschaft, Schmach und Tod.

Er tritt allda in Reih' und Glied,
Hält für die Freiheit Wacht,
Und was er einzeln nie vermocht,
Bewirkt vereinte Macht.

Und kommt er heim dann stolz erregt,
Von Mut geschwellt die Brust —
Wie schön, o Weib, wenn du dann teilst
Der Siegeshoffnung Lust.

Wenn freundlich laufend seinem Wort
Du mit ihm lächelt und denfst,
Und seinem Streben Sympathie
Ius voller Seele schenkst.

Dann freudig schließt er dich ans Herz
Und liebt dich mehr als je,
Er fühlt sich eins mit seinem Weib,
Teilt mit dir Enß und Weh.

Doch wenn Du schamollend ihn empfängst,
Und keifst und schmächt wohl gar,
Weiß eingedenk der Mannespflicht
Er auf dem Posten war —

Das greift ihm eifrig kalt ans Herz,
Wenn er dich so erseht;
Dann wird ihm bald die Stunde leid,
Die dich ihm angetraut.

Feinde des Wahlrechts.

Das „Raddeuler Tageblatt“, ein nationalliberales

Dresdner Vorortblatt, veröffentlicht folgende Nachricht:

Vor wenigen Tagen brachte die konservative Kreuzzeitung einen Artikel, worin gegen das bestehende Reichstagswahlrecht zu Felde gezogen wurde. Der Artikel, von dem auch wir einen Auszug brachten, erregte selbstverständlich ein gewisses Aufsehen, ist doch die überaus große Mehrzahl der Wähler nicht gewillt, sich das ihnen gewährte Wahlrecht in irgend einer Form schmälern zu lassen. Heute nun erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß zur Zeit an vermögende Herren aus verschiedenen Kreisen ein Antrag zur Zahlung von Beiträgen gestellt wird, deren Erträgnisse zur Herausgabe einer korrespondierenden Änderung des jetzigen Reichstagswahlgesetzes verwendet werden sollen, und zwar soll die Abänderung zu Gunsten einer Pluralwahl stattfinden. Es sind auch schon mehrere

ansehnliche Beiträge gezeichnet worden. Da wir nun entschiedene Anhänger des bestehenden Reichstagswahlrechts sind, halten wir es für unsere Pflicht, die Wähler aufmerksam zu machen, daß sie von ihren Kandidaten das unbedingte Versprechen verlangen, im Falle einer Eingabe an den Reichstag unter allen Umständen gegen jede Abänderung des Wahlgesetzes zu stimmen; andernfalls sich die Wähler im Laufe der beginnenden Legislaturperiode auf die unangenehmsten Ueberreichungen gefaßt machen können.

Dazu schreibt treffend die „Münchener Post“:

Es ist kein Geheimnis, daß die wahren „Umstürzler“, die reaktionären Feinde des arbeitenden und aufstrebenden Volkes, lieber heute als morgen das Reichstagswahlrecht in Stücke schlagen. Neu ist nur, daß diese Umstürzler schon einen Geheimbund gegründet haben und einen Kriegszug sammeln. Wir schäken den Opfermut der todbenden Notte Dividenden schluckender Gurratrioten nicht eben hoch ein; aber vielleicht schnorren die Entwürter des Altentats doch so viel zusammen, daß sie einen Vorzug oder einen Friede zum Anbellen gegen das wichtigste Volkrecht anstellen können.

Als Warnungszeichen hat übrigens auch diese Enthüllung des nationalliberalen Plottes ihre Bedeutung, die wir nicht verkennen wollen. Wir jählichen uns dem Wunsch an, daß jeder Wähler von jedem Kandidaten unabweidungserklärungen über seine Stellung zum Reichstagswahlrecht verlangt.

Daß die Nationalliberalen überhaupt unsichere Kantionisten in Sachen des Reichstagswahlrechts sind und niemand sich von ihren „heiligen“ Versprechungen täuschen lassen darf, ist ohnehin eine alte Sache.

So schrieb einst die „Nationalzeitung“, das allgemeine Wahlrecht „vermildere“. Am 28. November 1896 brachte der nationalliberale Abgeordnete Semler-Hamburg in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins zu Hamburg eine Resolution ein, in der eine Einschränkung des Wahlrechts „durch Erhöhung der Altersgrenze, durch die Forderung längerer Sehabtätigkeit oder sonstige“ gefordert wurde.

Sieher ist nicht zu bezweifeln, daß das Wahlrecht fand den Beifall der gesamten nationalliberalen Presse. Die „Kölnische Zeitung“ nannte das Reichstagswahlrecht ein „modernes Hausrecht“, nachdem sie bereits acht Jahre vorher geschrieben hatte:

Heber keine Frage besteht in den gebildeten Kreisen eine solche Einmütigkeit des Urteils, wie über die der Verwerflichkeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechts. Unser Reichstagswahlrecht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verständlichen Verteidiger.

Der nationalliberale Abgeordnete Gasse hat in zahlreichen Auslegungen seiner Feindschaft gegen das bestehende Wahlrecht Ausdruck gegeben.

Der nationalliberale Professor Dr. Conrad-Galle ist offenbar genug gewesen, einzugestehen:

„Es scheint mir gar nicht zweifelhaft, daß, wenn die Sozialdemokratie noch größeren Einfluß im Reichstag bekommt, man einfach vorher dazu überlegen wird, unser Wahlrecht zu ändern.“ Im hessischen Landtag erklärte der nationalliberale Abgeordnete Gasse:

„Ich sage ganz einfach: einem Mann, der nach der Richtung der höheren Einkommen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist, dem gebührt kein Wahlrecht. Das ist kein selbständiger Mann, kein freier Mann, der bei sein Wahlrecht.“

von Fr. Dr. Käthe Schirmacher einen Vortrag halten, in dem diese Dame als entschiedene Gegnerin des allgemeinen Wahlrechts auftrat. Als sie erklärte, die von den Nationalliberalen beim Wahlrecht auszuschließen, e keine sie für ungeeignet bei einem Teil der „liberalen“ Männer.

Und an demselben Tage, an dem der nationalliberale Wahlauftritt erschien, der für die Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts eingutreten ver; richt, erklärte sich die „Sächsische Nationalliberale Korrespondenz“ für das Reichstagswahlrecht!

Zum Ueberflus ist noch anzumerken, daß der nationalliberale Abgeordnete Gieber in württembergischen Landtag sich erst vor kurzem aufs entschiedenste dagegen wandte, für die bestehenden Landwirtschaftskammern das gleiche Wahlrecht einzuführen. Gieber will also eine Landwirtschaftsvereinerung, in welcher der Kleinbauer durch das mehrfache Stimmrecht des Mittel- und Großbauern erdrückt wird.

Kann hiernach ein Wähler, dem sein Wahlrecht lieb ist, „liberal“ wählen? Nimmermehr! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Juni 1903.

Wilhelm Pfaukuß vor den Wählern.

Unser bisheriger in — wie wir überzogen sind — auch künftiger Abgeordneter, Herr Wilhelm Pfaukuß, sprach am Mittwoch unter dem Beifall im „Luisen-Park“ über „Das Volksgericht am 10. Juni“. Genosse Pfaukuß erklärte, sich kürzer wie je zu fassen zu wollen, um den eingeladenen Gegnern Gelegenheit zur Erwiderung zu geben. Weder wies sodann die Erwiderung der Gegner zurück, im jetzigen Wahlkampf sei es in erster Linie die Sozialdemokratie, welche einen rohen Ton in die Wahlbewegung gebracht. Dieses Gerede habe seine Ursachen, an in dem Bestreben der Liberalen, für ihre eigene Feindschaft in der Verteidigung der bürgerlichen Freiheit einen Vorwand zu haben.

Wie feig das Bürger! in sich, aber daraus hervor, daß die Kandidaten, die Zeitung n und die Flugblätter der Liberalen überall erklären: Je mehr sozialdemokratische Wahlstimmen, je mehr sozialdemokratische Abgeordnete — umso mehr würde das gleiche Wahlrecht gefährdet. — Weder wußt dann geschichtlich nach, wie wenig der Liberalismus das Volksrecht geschützt hat. — Und haben kein Bedenken, von einem solchen Liberalismus Ratsschlüsse entgegenzunehmen. Wir sind mit dem Ausnahmegeles fest geworden und würden auch noch mit ganz anderen Dingen fertig werden, wenn es nötig wäre.

Der Schutz des Wahlrechts ist ein Ziel, das den Liberalen unangenehm, wenn sie sich öffentlich dafür einsetzen sehen. Das neue Gesetz sei ein Schritt darauf zurückzuführen, daß man die Phrase von der Verteidigung der Sozialdemokraten schließlich geglaubt hat. — Aus der nationalliberalen Presse weißt sodann der Pfaukuß nach, daß der Nationalliberalen das gleiche Wahlrecht ein liebes Vorhaben seien, wenn es nicht durch die Sozialdemokraten gefährdet werden würde.

45. Wahlbezirk.
Gartenstraße, Oststraße, Wasserstraße, Weidenstraße.
Wahlvorsteher: Herr Ingenieur Otto Danforth.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Robert Köhr.
Wahllokal: „Odeum“, Weidenstraße 10.

Friedrichstadt.

46. Wahlbezirk.
Kirchstraße, Kratauerstraße, Kratauerhof, Turmchangenstraße.
Wahlvorsteher: Herr Magistrats-Obersekretär August Schwarz.
Stellvertreter: Herr Rektor Meinhold Müller.
Wahllokal: Restaurant Jahn, Turmchangenstraße 8.9.

47. Wahlbezirk.
Artilleriestraße, Dredowstraße, Brückstraße, Herrentraghauser.
Herrentragpart, Heumarkt, Kanonierstraße, Kajenenstraße, Militär-
schießstand, St. Stadtmarsch.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Otto Voigt.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Gustav Nahr.
Wahllokal: Restaurant Weber, Kanonierstraße 7.

Sudenburg.

48. Wahlbezirk.
Ackerstraße, Dudenstraße, Duvigneauststraße, Halberstädterstraße
1-31 und 129-135, Hellestraße, Humboldtstraße, Klewitzstraße, Leib-
zigerstraße 1-10 und 56-64, Lemmerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Fabrikbesitzer Heinrich Felsche.
Stellvertreter: Herr Fabrikbesitzer Hermann Fritze.
Wahllokal: Restaurant „Wägenhaus“, Halberstädterstraße 22.

49. Wahlbezirk.
Dobendorferstraße, Fernwehstraße, Am Buchenberg, Gaiens-
straße, Leibzigerstraße 11-55, Am Steinbamm mit Sterngarten und
Lawn-Tennis-Spielfeld, Dudenweg.
Wahlvorsteher: Herr Zimmermeister Albert Higeroth.
Stellvertreter: Herr Ingenieur Jany Bandt.
Wahllokal: Restaurant „Krykall-Balad“, Leibzigerstraße 11.

50. Wahlbezirk.
Halberstädterstraße 32-49 und 112-123, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Schriftführer Guido Fahrmeier.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Otto Fiedler.
Wahllokal: Restaurant Schmidt, Wackerstraße 44.

51. Wahlbezirk.
Königsberg, Kurfürstenstraße 19-38, Semdovierweg.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Reinhold Schanze.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Max Grunke.
Wahllokal: Restaurant Hermann, Kurfürstenstraße 2.

52. Wahlbezirk.
Halberstädterstraße 50-55 u. 99-111, Kurfürstenstraße 1-15.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Hermann Dandow.
Stellvertreter: Herr Lehrer Wilhelm Schönd.
Wahllokal: Sudenburger Bierhalle, Halberstädterstraße 52.

53. Wahlbezirk.
Friedrichstraße, Halberstädterstraße 59-75b, Kirchhofstraße,
Waldbergweg.
Wahlvorsteher: Herr Rektor Hermann Geyersberg.
Stellvertreter: Herr Lehrer August Geyersberg.
Wahllokal: Restaurant „Sudenburger Hof“, Halberstädterstraße 72.

54. Wahlbezirk.
Bergstraße, Halberstädterstraße 79-98, Kronenweg, Wacker-
weg, wäplich vom Kronenweg, Neuer Sudenburger Segelwäpweg.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Louis Ende.
Stellvertreter: Herr Schlossermeister Karl Empting.
Wahllokal: Restaurant Schöge, Halberstädterstraße 95.

55. Wahlbezirk.
Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Hauslehrer Hugo Heise.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Hermann Schmidt.
Wahllokal: „Gruner Wäp“, Wackerstraße 8.2.

56. Wahlbezirk.
Amsdorferstraße, Hellestraße, Dudenstraße, Semdovier-
straße, Schönungerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Stadt-Turnlehrer Karl Danforth.
Stellvertreter: Herr Lehrer Paul Fiel.
Wahllokal: „Reparatur zum Fäher“, Halberstädterstraße 112.

57. Wahlbezirk.
Fortverbindungsweg, Am Weg, Wackerstraße, Am Sudenburger
Wäp, Sudenburger Wäp.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Karl Fiel.
Stellvertreter: Herr Lehrer Paul Fiel.
Wahllokal: Restaurant Wäp, Am Weg 24.

58. Wahlbezirk.
Amsdorferstraße, Strauchwäpstraße, Wackerstraße, Wäp-
wäp.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Otto Danforth.
Stellvertreter: Herr Lehrer Wilhelm Schönd.
Wahllokal: Restaurant Felsche, Strauchwäpstraße 15.

59. Wahlbezirk.
Helmstedterstraße.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Hermann Kretschmer.
Stellvertreter: Herr Lehrer Albin Schöbe.
Wahllokal: Restaurant Engelstein, Helmstedterstraße 38.

Neustadt.

60. Wahlbezirk.
Agnetenstraße, Memmingerstraße, Gutenbergstraße, Jnslebenerstraße,
Kühleweinstraße, Lorenzweg, Süderstraße 1-12 und 123-135,
Lüneburgerstraße, Ritterstraße 16-45, Kollenhagenstraße.
Wahlvorsteher: Herr Fabrikant Hermann Baas.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Hermann Oberbeck.
Wahllokal: Restaurant „Wilhelma“, Süderstraße 129.

61. Wahlbezirk.
Abendstraße 1-5 und 16a-23, Unterstraße, Kolbigerstraße,
Süderstraße 13-21, Ritterstraße 1-15a, Porzellan, Umfassung-
straße 1-11 und 69-88.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Rudolf Preuß.
Stellvertreter: Herr Lehrer Andreas Pfeiffer.
Wahllokal: Restaurant Knibbe, Süderstraße 21.

62. Wahlbezirk.
Abendstraße 6-16, Kurze Straße, Lüneburgerstraße, Süderstraße
22-30a, Moritzstraße, Ritterstraße, Umfassungstraße 17-23 u. 61-68.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Christian Buhg.
Stellvertreter: Herr Fabrikmeister Eduard Kahl.
Wahllokal: Restaurant Bauernmeister, Süderstraße 25.

63. Wahlbezirk.
Mittlerer Neuhofstraße, Umfassungstraße 51-60,
Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Zimmermeister Karl Schröder.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Heinrich Kruse.
Wahllokal: Restaurant „Mark Schöge“, Abendstraße 6.

64. Wahlbezirk.
Grünstraße, Jnslebenerstraße, Umfassungstraße 24-50.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Rudolf Preuß.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Georg Siemen.
Wahllokal: Restaurant Engel, Grünstraße 1.

65. Wahlbezirk.
Am der Parkstraße, Wackerstraße, Semdovierstraße, Charlottenstraße,
Am der Gendarmenstraße, Friedrichstraße, Friedrichstraße, Süder-
straße 31 bis 101.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Gustav Kutsche sen.
Stellvertreter: Herr Lehrer Theodor Herrmann.
Wahllokal: Restaurant Semdovier, Friedrichstraße 2.

66. Wahlbezirk.
Kronenweg, Am Weg und verlängerte Am Wegstraße, Wand-
straße, Am VI und VII, Semdovierstraße, Heinrichstraße, Kastanien-
straße, Schönungerstraße, Segelwäpweg.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Karl Brauer.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Georg Kimmel.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Wackerstraße 25.

67. Wahlbezirk.
Königsberg, Friedrichstraße, Semdovierstraße, Süderstraße 102
bis 125, Wackerstraße, Wackerstraße 12-43, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Wilhelm Olfendorf.
Stellvertreter: Herr Lehrer Karl Fiel.
Wahllokal: Restaurant Damm, Wackerstraße 5.

68. Wahlbezirk.
Wackerstraße, Bergstraße, Wackerstraße 1-11 und 44-63.
Wahlvorsteher: Herr Lehrer Otto Geyersberg.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Hermann Hartel.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Bergstraße 7.

69. Wahlbezirk.
Kronenweg, Wackerstraße, Wackerstraße 45-79.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Wilhelm Olfendorf.
Stellvertreter: Herr Lehrer Paul Fiel.
Wahllokal: Restaurant Kretschmer, Wackerstraße 49a.

70. Wahlbezirk.
Kronenweg und Wackerstraße, Wackerstraße 1-44 u.
45-79, Wackerstraße, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Georg Kimmel.
Stellvertreter: Herr Lehrer Paul Fiel.
Wahllokal: Restaurant Damm, Wackerstraße 31b.

71. Wahlbezirk.
Am Weg, Wackerstraße, Wackerstraße, Am Weg, Große
Wackerstraße, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Wilhelm Olfendorf.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Hermann Hartel.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Wackerstraße 42.

72. Wahlbezirk.
Kronenweg, Wackerstraße, Wackerstraße, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Wilhelm Olfendorf.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Hermann Hartel.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Wackerstraße 35.

73. Wahlbezirk.
Endstraße, Ottenbergstraße.
Wahlvorsteher: Herr Rektor Wilhelm Bömer.
Stellvertreter: Herr Agent Otto Senf.
Wahllokal: Restaurant Feuer, Hohenforststraße 27.

74. Wahlbezirk.
Moldenstraße, Rogauerstraße 1-12 und 74-90.
Wahlvorsteher: Herr Banassistent Fritz Eggert.
Stellvertreter: Herr Zimmermeister Wilhelm Kessel.
Wahllokal: Restaurant Giesede, Moldenstraße 23.

75. Wahlbezirk.
Lehlingerstraße, Siederstraße, Weinbergstraße.
Wahlvorsteher: Herr Stadtrat Emil Grünwald.
Stellvertreter: Herr Fabrikbesitzer Theodor Fischer.
Wahllokal: Restaurant Liecke, Agnetenstraße 21.

76. Wahlbezirk.
Bude 4, Träjedekplatz, Ehemaliges Fort 8, Gassenstraße, Rogauer-
straße 13-73, Verlängerte Rogauerstraße, Rothenerstraße, Verlängerte
Rothenerstraße, Salzweberstraße, Speicherstraße, Stendalerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Rektor Adolf Habelhahn.
Stellvertreter: Herr Lehrer Karl Böje.
Wahllokal: Restaurant Jacobs, Ottenbergstraße 21.

Wacker.

77. Wahlbezirk.
Baidowstraße, Benediktinerstraße, Bledenburgstraße, Coquiststraße
4-19, Am der Elbe, Elbstraße, Fährstraße, Gasse, Gasse, Am Mühl-
berg, Schönebiederstraße 1-13, 119-129 und Gewächshaus im
Friedrich-Wilhelmsgarten.
Wahlvorsteher: Herr Fabrikbesitzer Johannes Kuhnert.
Stellvertreter: Herr Lehrer Wilhelm Hebe.
Wahllokal: „Wahlfeld zur Eisenbahn“, Gassestraße 13.

78. Wahlbezirk.
Budenbergstraße, Coquiststraße 1-3, Dorotheenstraße, Kloster-
bergstraße, Korbstraße, Bierstraße, Schönebiederstraße 14-27,
111-115.
Wahlvorsteher: Herr Apothekenbesitzer Otto Gape.
Stellvertreter: Herr Professor Wilhelm Koenig.
Wahllokal: Restaurant Köhler, Schönebiederstraße 127.

79. Wahlbezirk.
Feldstraße 1-13, 54-63, Gärtnerstraße, Kapellenstraße.
Wahlvorsteher: Herr Hauptlehrer Wilhelm Petrie.
Stellvertreter: Herr Lehrer Haru Friedrich.
Wahllokal: Restaurant Schröder, Schönebiederstraße 118.

80. Wahlbezirk.
Rothenerstraße, Schönebiederstraße 23-38 und 101-110, Thiemstr.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Hermann Wunderling.
Stellvertreter: Herr Lehrer Karl Sternstein.
Wahllokal: Restaurant Friedrich, Schönebiederstraße 24.

81. Wahlbezirk.
Budenbergstr., Martinstr., Schönebiederstr. 39-47 und 96-103
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Hermann Fischer.
Stellvertreter: Herr Lehrer Karl Busch.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Schönebiederstraße 39.

82. Wahlbezirk.
Feldstraße 45-53, Knechtstraße, Salzstraße, Salzstraße, Schöne-
biederstraße 48-95, Sülzberg, an der Sülze.
Wahlvorsteher: Herr Fabrikbesitzer Max Fischer.
Stellvertreter: Herr Lehrer Werner Schulz.
Wahllokal: Restaurant Jahn, Schönebiederstraße 89.

83. Wahlbezirk.
Brauerstraße, Feldstraße 14-44, Gnadauerstraße, Südstraße,
Wäpstraße.
Wahlvorsteher: Herr Rektor August Geyersberg.
Stellvertreter: Herr Magistrats-Sekretär Gustav Fiel.
Wahllokal: Restaurant Engelmann, Schönebiederstraße 53.

84. Wahlbezirk.
Freistraße, Union-Straßen, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Direktor Karl Jahn.
Stellvertreter: Herr Professor Max Langenheven.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Freistraße 21.

85. Wahlbezirk.
Sudenburgerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Wilhelm Olfendorf.
Stellvertreter: Herr Kaufmann Wilhelm Olfendorf.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Sudenburgerstraße 5.

86. Wahlbezirk.
Gartenstraße, Wackerstraße, Wackerstraße.
Wahlvorsteher: Herr Kaufmann Wilhelm Olfendorf.
Stellvertreter: Herr Lehrer Otto Danforth.
Wahllokal: Restaurant Fiel, Wackerstraße 12.

Die in den Wählerlisten dieser Bezirke verzeichneten Personen werden hierdurch eingeladen, sich
am **Freitag den 16. Juni d. J., in den Stunden von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 7 Uhr,**
in dem Wahllokal ihres Bezirkes einzufinden und ihre Stimmen zur Wahl eines Kreisverordneten abzugeben.

Nur die in den Wählerlisten verzeichneten Personen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt. Abwesende können in keiner
Weise durch Stellvertreter oder sonstige an der Wahl teilnehmen.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein: sie sollen 9 zu 12 cm groß und von mittelstarkem
Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit weißem Papier versehenen Umschlag, der sonst keine Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die
Umschläge werden in der erforderlichen Zahl im Wahllokal bereit gehalten.

Der Wähler welcher seine Stimme abgeben will, nimmt von dem durch den Wahlvorstand in der Nähe des Zugangs zu dem herbeizustellenden
Nebenraum oder des Nebenraumes aufzufindenden Vorstatter einen abgemessenen Umschlag an sich. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den mit
einer Isolierverhinderung versehenen Nebentisch, wo er seinen Stimmzettel unterbreiten in den Umschlag steckt, tritt sodann an den Vorstatterstisch, nennt seinen
Namen sowie auf Verlangen seine Wohnung und Straße, wobei der Vorstatter seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit
dem Stimmzettel dem Wähler überreicht oder dem Vorstatter, der ihn selbst unterschreibt in die Wahlurne legt.

Wähler, welche durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in der Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher
zu übergeben, können sich der Hilfe einer Person bedienen.

Stimmzettel, welche die Wähler nicht in dem abgemessenen Umschlag oder welche sie in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben
wollen, hat der Wahlvorstand zurückzunehmen, ebenso die Stimmzettel solcher Wähler, welche sich in den Nebenraum oder an den Nebentisch nicht begeben haben
und keinen Namen angegeben oder aus dem die Wähler des Wahllokal nicht festgestellt hervorgeht, oder auf welchen mehr als ein Name oder der Name
einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist und welche ihren Stimmzettel dem Vorstatter überreichten.

Während der Wahlhandlung dürfen in dem Wahllokal weder Besprechungen stattfinden, noch Antragsen gehalten, noch Beschlüsse gefasst, noch Stim-
mzettel mitgeteilt oder verteilt werden.

Magdeburg den 3. Juni 1909.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg.
Sitzender.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Ritsch, Magdeburg. — Verantwortliche Schriftleiter: August Fabian, Magdeburg. — Verlag von Hermann Carstensen, Magdeburg. — Druck von Franz Schreyer, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Salzstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Bei den Postämtern 2 Mk. 25 Pf., monatlich 70 Pf. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühren die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. — Post-Zustellung 10 Pf. —

Nr. 154.

Magdeburg, Freitag den 12. Juni 1903.

14. Jahrgang.

Die Magdeburger Hammelherde.

In keinem Wahlkreise hat der Wahlkampf seitens unserer Gegner ein solches Maß an Komik, an herzerweichendem Humor, an heiter-simmernder Hilfslosigkeit zu Tage gefördert, wie in Magdeburg. Die Herren Nationalliberalen haben sich am Mittwoch in einer Versammlung bitter beklagt, daß die „Volksstimme“ von den Zusammenkünften der Herren so wenig bringt. Auch wagte es einer von den Leuten, welche an der denkbaren niedrigsten geistigen Tiefstand beweisenden Zusammenkunft teilnahmen, von einer sozialdemokratischen „Hammelherde“ zu sprechen.

Mit grenzenloser Heiterkeit und unbändigem Vergnügen wird jeder, der einigen Sinn für des Schicksals bittere Ironie besitzt, die Geschichte der Kandidatur Arendt als eine der köstlichsten Episoden unserer sonst ersten Zeitläufte betrachten. Mit Herrn Arendt, den wir als einen tadellosen Ehrenmann kennen und für persönlich ehrenhafter, wie manchen unter den Kandidaten derselben Partei an andern Orten halten, haben wir aufrichtiges Mitleid. Fast ist es gewissenlos, daß man den Nähmaschinenfabrikanten überredete, plötzlich eine politische Rolle zu spielen, vielleicht nur, um dem vielgewandten Landgerichtsrat Schiffer Gelegenheit zu geben, als Wahlredner zu fungieren und sich zum sicheren Landtagsmandat vorzubereiten. Der wortgewandte Redner kann in den Versammlungen der Magdeburger Nationalliberalen glänzen, denn unter den Winden ist der Einäugige König. Er schätzt sein Publikum richtig ein; er burste ihm sogar die wohlklingende Phrase von der „roten Lüge“ zumuten, die Lüge angezündet und welcher die Sozialdemokratie entspringt. Herrn Schiffer's Ruhm wird deshalb hell erstrahlen bis an die Sterne — wenn auch nur bis an die Ordenssterne.

Der arme Arendt! Noch im vorigen Jahre ließ er eine Petition gegen jede Erhöhung der Kornzölle bei seinen Arbeitern kursieren. Noch niemals ist von Arbeitern eine Petition, deren Bestätigung der Arbeitgeber wünschte, freudigeren Herzens unterschrieben worden, wie damals. Und heute kandidiert der Herr für dieselbe Partei, auf welche die damalige Petition nicht den geringsten Eindruck machte. Er muß dieselbe Partei vertreten, deren Anschauungen er einst verdammt. So, noch mehr! Auch während des Wahlkampfes erklärte er sich als Gegner der Kornzölle und bekämpfte sogar die Mindestzölle im angenommenen Zolltarif. Doch mit des Geschickes Mächten und mit der nationalliberalen Parteileitung ist kein ewiger Bund zu schließen! Raum waren Herrn Arendt ganz treffende Worte über die Zollpolitik entfallen, da wird die Broschüre des Herrn Dr. Hörs verbreitet, die zur Wahl des Herrn Arendt auffordert — weil Zollserhöhungen bringen nötig seien.

Noch nie hat in Deutschland ein Wahlkandidat eine widerspruchsvollere, noch nie eine unklarer und amüsantere Rolle gespielt wie Herr Arendt, dessen Gutwilligkeit die schmunzelnden Intendanten der Magdeburger Wahlkommission in einer Weise ausnützen, die fast einen Hund jammern könnte.

Da die Herren sich beklagten, daß wir als die flüchtigeren Partei Magdeburgs, einer uneinnehmbaren Hochburg der Sozialdemokratie, aus Schonung für den von uns als Mensch geschätzten Herrn Arendt über ihre Versammlungen voll Erbarmen schweigen und sie — man denke, wie Schäter! — uns dieses rüchichtsvolle Schweigen als Schwäche auslegten, lassen wir nunmehr einen Bericht von ihrer letzten Versammlung sogar an leitender Stelle folgen. Warum nicht auch einmal eine humoristische Nummer inmitten der leidenschaftlichen Hitze des Wahlkampfes! Die Herren sollen ihren Willen haben.

Uns ging folgender Bericht zu: Für die Kandidatur Arendt fand am Mittwoch abend im „Felsen-golkenpark“ eine Versammlung der Nationalliberalen statt. Ein großer Teil der Anwesenden bewies durch seine behäbige Körpergröße, daß für ihn keine Veranlassung besteht, einen Sozialdemokraten zu wählen. Der Vorsitzende beendete seine Eröffnungsrede mit dem obigen Hoch, wobei er erwähnte, daß nur „staatsverhaltende“ Wähler eingeladen seien, jedoch auch Wählern anderer Parteien, wenn sie sich ruhig verhielten, „das Sakre“ gewährt würde!

Als erster Redner entwickelte Herr Arendt kurz sein „Programms“. Er freute sich über die in Magdeburg nach der Ermahnung des Herrn Dr. Sattler zu frande gekommene Einigkeit der bürgerlichen Parteien. Er trat ein für die Sozialgesetzgebung, Bauhandwerkerschutz usw. für Vermehrung und Ausbau von Meer und Flotte. Er sei sich der schweren Verantwortung als Volksvertreter voll bewußt und werde sich nur leiten lassen von der Nächstenliebe und Vaterlandsliebe. (Vom Zolltarif schwieg diesmal Herr Arendt verlegen.)

Herr Rechtsanwalt Kaufmann bezeichnete es als einen unwürdigen Zustand, daß Magdeburg durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten ist. Mögen die Bürger der Wilhelmstraße helfen, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Pfannkuch sei kein Volks-, sondern ein Klassenvertreter. Der Funke mühe zur lodernen Flamme anzufachen. Es herrsche Unsicherheit in den leitenden Kreisen der hiesigen Sozialdemokratie, das beweise das Fehlen der Rechte in der „Volksstimme“ über die nationalliberalen Versammlungen, die Bewegung sollte totgeschwiegen werden. Sehr ausgenutzt würde der Fall Arendt, den doch aber nur einige Hinterbeamtenschaft hätten. (Hatten die Vorgesetzten keine Augen?) Er wiederhole, selbst auf die Gefahr hin, ebenso angegriffen zu werden wie Herr Schiffer: Unser Kandidat ist ein Programm. Nicht Arendt, sondern Pfannkuch sei ein Programm. (Herr Arendt man habe von Pfannkuch im Reichstag nach dem Wahlkampf nur Herr Kaufmann nicht. Die Magdeburger Arbeiterbewegung innert sich mit Stolz der ausgezeichneten sozialpolitischen Anregungen, welche unser Pfannkuch bei der Beratung des Entwurfs des Reichstags-

des Innern gab und welche bei dem Grafen Pofadowsky nicht unbeachtet blieben. D. Red.)

Es folgte nunmehr jene Stelle, auf welche Genosse Landsberg gestern im „Luisenpark“ geantwortet hat und bezüglich deren wir auf den Berichterstattungsbogen verweisen. Nunmehr kommt Herr Kaufmann, bekannt aus den Kriegerversammlungen als der „Herr“ Kamerad, auf das Flugblatt „Wilhelm der Große?“ zu sprechen, das eine Gefühlskrochet offenbare, und das sich gegen unsere „teure (!) Monarchie“ richtete.

Nach einigen Versicherungen über den Zukunftsstaat liest der Herr einige Sätze des letzten Wahlauftritts der „Volksstimme“ vor und zeigt dabei den Berammelten das „schäbige“ Blatt, welche darob in ungeheures Gelächter ausbrachen. Mit der „Wacht an der Elbe“ schloß Redner.

Herr Jacobi-Scherbening, als Vertreter der freisinnigen Volkspartei, der uns bekanntlich sein Mandat in der Stadtverordneten-Versammlung verbankt, erklärte, daß die Einigung infolge der maßlosen Angriffe seitens der Sozialdemokraten auf die bürgerlichen Parteien, insbesondere auf die Freisinnigen, entstanden sei. Nunmehr kam die Hauptnummer des Abends, der starke Mann des hiesigen Ordnungsausschusses, der Vertreter der konservativen Partei, Rechtsanwalt Schent: Die gegenwärtigen Zustände seien nur möglich infolge der „politischen Unreife der Arbeiterklasse, die sich selbst amnestieren lassen“. Der bisherige Abgeordnete werde ein ungefüllter Pfannkuch bleiben. Wenn die sozialdemokratische Hammelherde nicht umkehre, werde mal aus der Urne ein Reichstag hervorgehen, der zum Himmel stinkt!

Nach einer Rede des Herrn Stein, die wir im letzten Teil gefondert behandeln wollen, erklärte Herr Arendt zum Schluß noch, daß er kein Phrasenheld sei; er habe ein warmes Herz, was er im Falle seiner Wahl beweisen werde.

Die Wärme seines Herzens wollen wir Herrn Arendt nicht abstreiten. ... Wenn wir ihn heute angreifen müssen, weil er leider unter die Politiker gegangen ist, so wird er vielleicht mit seinem Freunde Schent beklagen, daß wir uns eines so rohen Toncs bedienten. Wenn der Reichstag einst zum Himmel stinkt, dann wird Herr Rechtsanwalt Schent, der vornehmste unter den Juristen, mit seinen Worten selbst diese Atmosphäre übertrumpfen. Die Reden des Herrn Schent gleichen gewissen unentbehrlichen Gefäßen, wenn sie gefüllt sind. —

Die Herren fangen an zu schimpfen! Wir aber beginnen zu lachen. ... Wenn wir mit der uns entgegengesetzten Parodie auf einen Wahlkampf nicht mit Leichtigkeit fertig werden würden, dann würde die Magdeburger Arbeiterklasse jedes Ansehen einbüßen! Darum an die Arbeit, Kampfgesossen! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Juni 1903.

Der Untergang der Dynastie Obrenowitsch.

Wir erhalten folgenden Drahtbericht:

Belgrad, 11. Juni. Eine Militärverschwörung hatte beschlossen, den König Alexander abzusetzen und den Prinzen Karageorgewitsch zum König zu proklamieren. Die Verschworenen drangen 1 Uhr nachts in den Konak ein. Die Leibgarde leistete nur schwachen Widerstand. König Alexander und Königin Draga wurden tot im Bette aufgefunden.

Wie verlautet hat König Alexander zuerst die Draga und dann sich selbst getötet.

Der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Minister des Innern widersetzten sich der Verhaftung und wurden ermordet. Ebenso der Bruder der Königin Draga. Nach einer andern Version soll das Königspaar von Anhängern des Karageorgewitsch ermordet worden sein. —

Es wird abzuwarten sein, welche Folgen der Untergang der Dynastie Obrenowitsch haben wird. Da der König keine Erben hinterlassen hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kronpräsident Karageorgewitsch nunmehr König des Landes wird.

Die Dynastie Karageorgewitsch wurde im Jahre 1813 gestürzt, als Karadjordje, der Stammvater der Familie, im Jahre 1813 im Kriege zu Oesterreich überging. Doch wurde die Dynastie Obrenowitsch, welche nunmehr eingeleitet wurde, im Jahre 1842 wieder von der andern Herrscherfamilie gestürzt, um 1858 wieder eingeleitet zu werden. Die Sünden Mikan, der Staatsstreich Alexanders und das Familienpech des jugendlichen Monarchen, der mit seiner Draga gar zu viel Wahnsinn gehabt hatte, haben die Militärrevolte vorbereitet.

Die Pläne Chamberlains.

Wie wir bereits mehrfach gemeldet haben, hat der Minister Chamberlain in wiederholten Reden eine neue Zollpolitik als für Englands Handel günstig und notwendig empfunden. Chamberlain erzielte mit seinen jehusvollpolitischen Projekten bei allen maßgebenden englischen Politikern allgemeine — Zustimmung. Am Dienstag hätte er Gelegenheit gehabt, im Abgeordnetenhaus seine Pläne dem Parlament darzulegen, wenn er nicht vorhergegangen hätte, sich zu — drücken. Gelegenheit der Beratung eines Antrags betr. Beibehaltung der

(nach Beendigung des Burenkriegs nach kurzem Bestehen wieder aufgehoben) Getreideeinfuhrzölle, erklärte sich den früheren Minister Hicks Beach gegen diesen Antrag und gegen die Chamberlain'schen Zollpläne. Der Ministerpräsident Balfour und Chamberlain waren nicht anwesend.

Dagegen ließ der Schatzkanzler Ritchie in einer Rede keinen Zweifel, daß Chamberlain sogar bei seiner Kolonialpolitik keinen Beifall mit seinen Plänen findet. Ritchie sagte u. a.:

Die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien sei eine große und wichtige, welche zur Beschlußfassung vor das Land treten würde. (Rufe: Wann? Schatzkanzler Ritchie: Auf alle Fälle nicht jetzt. Weiterkeit.) Bedächtig vom Manuskript lesend, führte Ritchie aus, diejenigen Mitglieder der Regierung, die bisher gesprochen hätten, hätten nur für sich selber und nicht für die Regierung gesprochen. (Oh, oh! und höhnische Zurufe bei der Opposition.) Chamberlain habe in seiner ersten Rede ausbrüchlich gesagt, er spreche nur für sich selber. Es sei für die Regierung natürlich unmöglich, ihre Ansicht über die Lage nicht auszusprechen. Auch was die Mitglieder der Regierung, die in dieser Sache gesprochen haben, betreffe, so sei alles, was sie ausgesprochen hätten, daß die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien erörtert und unterstützt werden solle. Er seinerseits würde überrascht sein, wenn die Untersuchung irgend ein praktisches Mittel ergäbe, diese Politik auszuführen. (Lauter Beifall bei der Opposition.) Er betenne sich als überzeugter Freihändler und teile nicht die Ansichten derjenigen, welche glauben, daß irgend ein Mittel ausgefunden werden könne, um die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich im Zusammenhang mit diesem Problem darstellen, und, wie er gegenwärtig be-raten sei, könne er sich nicht zu einer Politik bekennen, welche seiner Ansicht nach sowohl Großbritannien als auch seine Kolonien schädigen würde. (Beifall bei der Opposition.) Er spreche vor seiner Untersuchung der Frage zurück, welche er vielmehr in der Tat zusammen mit allen seinen Kollegen von jedem Gesichtspunkt aus als äußerst wünschenswert erachte. (Beifall bei der Opposition.) Howard Vincent (konservativ) unterbrach den Redner mit der Frage, ob er für sich selbst oder für die Regierung gesprochen habe. Schatzkanzler Ritchie antwortete unter Beifall und Heiterkeit, wenn Vincent seinen Ausführungen aufmerksam gefolgt sei, werde er herausgefunden haben, daß er an einigen Stellen für die Regierung, an andern für sich selbst gesprochen habe. Ritchie rechtfertigte sodann die Aufhebung des Kornzölles.

Diese Vorgänge im englischen Unterhause haben eine gewaltige Aufregung in der politischen Welt Englands hervorgerufen. Liberale regten die Auflösung des Parlaments an. Die hervorragenden Zeitungen Londons hatten den Rücktritt Chamberlains für unvermeidlich.

Chamberlain ist viel zu „vielseitig“, als daß er sich nicht aus dieser Schlinge ziehen könnte. —

Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Die städtische 228 Millionen-Anleihe, für welche der Magistrat die staatliche Genehmigung nachgesucht hat, liegt gegenwärtig dem Finanzministerium zur Prüfung der Ausstellungen vor, welche der Oberpräsident der Provinz Brandenburg gegen einzelne Positionen der Vorlage erhoben hat. —

Das „Ministerialblatt für Medizinallangelegenheiten“ teilt als Entscheidung des ärztlichen Ehrengerichtshofes mit: Die Verweigerung ärztlicher Hilfeleistung in Fällen dringender Lebensgefahr, mag diese durch eine plötzliche schwere Erkrankung oder durch die plötzliche Verschlimmerung einer bereits bestehenden Krankheit herbeigeführt sein, enthält einen Verstoß gegen die ärztlichen Standespflichten. —

Der Zolltarif genügt noch nicht, das Volk soll noch durch neue indirekte Steuern gequält werden. Gerade zur rechten Zeit vor den Wahlen erfährt der „Borm.“ aus München, wie in Deutschland „Reichsfinanzreform“ gemacht werden soll.

Dem „Borm.“ wird telegraphiert:

Ministerpräsident v. Podewils erklärte einem Vertreter der „Münch. Ztg.“, daß Tabak- und Biersteuer bei der demnächstigen Konferenz der Finanzminister zur Begünstigung des Entwurfs einer Reichsfinanzreform nicht umzusetzen werden könnten. Die bayerische Regierung habe wiederholt im Landtage ihren Standpunkt zu dieser Steuererhöhung dargelegt. Da sich die Lage der Dinge nicht geändert habe, so habe auch die bayerische Regierung keinen Anlaß, ihre Stellungnahme zu ändern.

Die Konferenz der Finanzminister aller Bundesstaaten soll zwar erst stattfinden, aber der bayerische Finanzminister hat zur besten Zeit vor den Wahlen das Rezept ausgeplaudert, nach dem die Komponenten von Tabak und Bier den Staatsfiskus füllen sollen. Das Volk hat am 16. Juni Gelegenheit hierauf die gebührende Antwort zu geben. —

„Kaiser Wilhelm 2. Land!“ Das ist der Name der neuesten deutschen „Reise“, die nach Berliner Blättern von der jetzt auf dem Heimwege begriffenen deutschen Südpolarpedition entdeckt worden ist. Das Land mit dem

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Die letzten Tage vor den Wahlen müssen uns alle veranlassen, bis zur höchsten Erschöpfung unsrer körperlichen und geistigen Kräfte an die Arbeit zu gehen. In Stadt und Land, überall da, wo das Herz der Arbeiter für unsre gerechte Sache schlägt, haben sich die Proletarier zu den unerlässlichen Arbeiten zu vereinigen, welche von den Wahlkomitees und Vertrauensmännern beansprucht werden. **Sarte Arbeiten, deren Erfüllung mancherlei Mühsal bedingt, werden von Euch verlangt.** Jeder brave Sozialdemokrat, jeder, dem es ernst ist mit seiner Liebe zu unsrer Partei, mit seiner Teilnahme für die leidende Menschheit und mit seiner Sehnsucht nach Freiheit, wird mit Stolz und freudiger Begeisterung alle Arbeiten auf sich nehmen, welche im Interesse des Wahlsieges notwendig sind, denn in unsern Reihen gibt es noch Idealismus.

Wenn schlägt nicht das Herz vor Freude, wenn er sieht, wie eine Reihe unsrer besten Genossen sich durch keine Mühsal verbrießen lassen, treppauf und treppab zu laufen und wenn sie auch nach harter Fron im Dienste des Kapitals fast zusammenbrechen — gerade durch die mühsame Parteiarbeit, dank des erhebenden Gefühls treuer Pflichterfüllung, wieder leichter ihres Lebens Sorgen ertragen? Das gilt für alle unsre Freunde. Für Magdeburg insbesondere erinnern wir noch an die wichtigen Aufgaben, welche gestern bereits in der „Volksstimme“ angekündigt waren.

Es werden für Magdeburg und die umliegenden ländlichen Wahlkreise Hunderte, ja Tausende tüchtiger Parteigenossen zur Flugblattverbreitung am kommenden Sonntag und zur **Wahlarbeit am Wahltage** gebraucht.

Alle diejenigen, welche ihre Kraft der Partei zur Verfügung stellen wollen, haben sich am

Freitag den 12. Juni, abends 8 Uhr,

in folgenden Lokalen zu melden: Magdeburg, Friedrichstadt und Werder im „Dreikaiserbund“; Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“; Alte Neustadt bei Wilh. Lackenmacher; Sudenburg in der „Herbster Vierhalle“; Buckau im „Thalia“; Wilhelmstadt im „Luisenpark“.

Die Radfahrer, welche sich am Wahltage zur Verfügung stellen, sowie diejenigen, welche am Abend die Wahlergebnisse nach den einzelnen Versammlungsorten besördern wollen, haben sich ebenfalls am Freitag abend im „Dreikaiserbund“ einzufinden, um dortselbst ihre Instruktionen zu erhalten.

Zur Flugblatt-Verbreitung in Magdeburg

haben sich sämtliche Parteigenossen — auch diejenigen der Vororte Neustadt, Sudenburg, Buckau — am kommenden

Sonntag den 14. Juni, morgens 6 Uhr, im „Dreikaiserbund“

einzufinden, da zunächst die Altstadt regelrecht mit Flugblättern belegt werden muß.

Genossen! **Ans Werk!** Je größere Opfer an Mühe und Zeit jemand für unsre gerechte Sache gebracht hat, mit um so ruhigerem Gewissen wird er der Verkündung des Wahlergebnisses entgegensehen können.

Die Wahlversammlung.

(Den Wählerfrauen gewidmet.)
Von Max Kegel.

Ich rate, holde Weiblein, auch,
Daß ihr nicht großt und schmäht,
Wenn oft des Abends euer Mann
Zur Wahlversammlung geht.

Er waret dort des Volkes Recht,
Er kämpft dort für sein Brot,
Er schätzt der Kinder Zukunft dort
Vor Knechtschaft, Schmach und Not.

Er tritt allda in Reih' und Glied,
Hält für die Freiheit Wacht,
Und was er einzeln nie vermocht,
Bewirkt vereinte Macht.

Und kommt er heim dann stolz erregt,
Von Mut geschwellt die Brust —
Wie schön, o Weib, wenn du dann teilst
Der Siegeshoffnung Lust.

Wenn freundlich lauschend seinem Wort
Du mit ihm fühlst und denkst,
Und seinem Streben Sympathie
Aus voller Seele schenkst.

Dann freudig schließt er dich ans Herz
Und liebt dich mehr als je,
Er fühlt sich eins mit seinem Weib,
Teilt mit dir Laß und Weh.

Doch wenn Du schmolend ihn empfängst,
Und keifst und schmäht wohl gar,
Weil eingedenk der Mannespflicht
Er auf dem Posten war —

Das greift ihm eifig kalt ans Herz,
Wenn er dich so erschaut;
Dann wird ihm bald die Stunde leid,
Die dich ihm angetraut.

Feinde des Wahlrechts.

Das „Nadeburger Tageblatt“, ein nationalliberales Dresdener Vorortblatt, veröffentlicht folgende Nachricht:

Vor wenigen Tagen brachte die konservative Kreuzzeitung einen Artikel, worin gegen das bestehende Reichstagswahlrecht zu Felde gezogen wurde. Der Artikel, von dem auch wir einen Auszug brachten, erregte selbstverständlich ein gewisses Aufsehen, ist doch die überaus große Mehrzahl der Wähler nicht gewillt, sich das ihnen gewährte Wahlrecht in irgend einer Form schmälern zu lassen. Heute nun erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß zur Zeit an vermagende Herren aus verschiedenen Kreisen ein Antrag zur Föhlung von Feindstücken gestellt wird, der, a) Erträgnisse zur Herausgabe einer Korrespondenz zwecks Abänderung des jetzigen Reichstagswahlgesetzes verwendet werden sollen, und zwar soll die Abänderung zu Gunsten einer Dreiklassenwahlweise erfolgen. Es sind auch schon mehrere

ansehnliche Beiträge gezeichnet worden. Da wir nun entschiedene Anhänger des bestehenden Reichstagswahlrechts sind, halten wir es für unsre Pflicht, die Wähler aufmerksam zu machen, daß sie von ihren Kandidaten das unbedingte Versprechen verlangen, im Falle einer Eingabe an den Reichstag unter allen Umständen gegen jede Abänderung des Wahlgesetzes zu stimmen; andernfalls sich die Wähler im Laufe der beginnenden Legislaturperiode auf die unangenehmsten Ueberrassungen gefaßt machen können.

Dazu schreibt treffend die „Münchener Post“:
Es ist kein Geheimnis, daß die wahren „Umstürzler“, die reaktionären Feinde des arbeitenden und aufstrebenden Volkes, lieber heute als morgen das Reichstagswahlrecht in Stücke schlagen. Neu ist nur, daß diese Umstürzler schon einen Geheimbund gegründet haben und einen Kreisjahrgang sammeln. Wir schätzen den Opfermut der todbenden Nothe Dividenden schlundender Gurratrioten nicht eben hoch ein; aber vielleicht schmoren die Anführer des Attentats doch so viel zusammen, daß sie einen Loreng oder einen Fische zum Anbellen gegen das wichtigste Volksrecht anstellen können.

Als Warnungszeichen hat übrigens auch diese Enthüllung des nationalliberalen Plattes ihre Bedeutung, die wir nicht verkennen wollen. Wir raten daher den Wählern an, daß jeder Wähler von jedem Kandidaten unabweisbare Erklärungen über seine Stellung zum Reichstagswahlrecht verlangt.

Daß die Nationalliberalen überhaupt unsichere Kantontisten in Sachen des Reichstagswahlrechts sind und niemand sich von ihren „heiligen“ Versprechungen täuschen lassen darf, ist ohnehin eine alte Sache.

So schrieb einst die „Nationalzeitung“, das allgemeine Wahlrecht „verwiltbere“. Am 28. November 1896 brachte der nationalliberale Abgeordnete Semler-Gamburg in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung des nationalliberalen Wahlvereins zu Hamburg eine Resolution ein, in der eine Einschränkung des Wahlrechts „durch Erhöhung der Altersgrenze, durch die Forderung längerer Seßhaftigkeit oder sonstwie“ gefordert wurde.

Dieser Attentatsversuch auf das Wahlrecht fand den Beifall der gesamten nationalliberalen Presse. Die „Kölnische Zeitung“ nannte das Reichstagswahlrecht ein „modernes Hausrecht“, nachdem sie bereits am 2. Jahre vorher geschrieben hatte:

Ueber keine Frage besteht in den gebildeten Kreisen eine solche Einmütigkeit des Urteils, wie über die der Verwerflichkeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechts. Unser Reichstagswahlrecht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verständlichen Verteidiger.

Der nationalliberale Abgeordnete Gasse hat in zahlreichen Ausserungen seiner Feindschaft gegen das bestehende Wahlrecht Ausdruck gegeben.

Der nationalliberale Professor Dr. Conrad-Galle ist offenbar genug gewesen, einzugehen:

„Es scheint mir gar nicht zweifelhaft, daß, wenn die Sozialdemokratie noch größeren Einfluß im Reichstag bekommt, man einfach vorher dazu schreiten wird, unser Wahlrecht zu ändern.“

Im hiesigen Landtag erklärte der nationalliberale Abgeordnete Gasse:

„Ich habe ganz einfach einem Mann, der nach der Richtung von anderen Erklärungen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist, dem gestanden sein Wahlrecht. Das ist kein selbständiger Mann, kein wahrer Mann, der der sein Wahlrecht.“

von Prof. Dr. Rätke Schirmacher einen Vortrag hatten, in dem diese Dame als entschiedene Gegnerin des allgemeinen Wahlrechts auftrat. Als sie erklärte, die untern Volksklassen seien vom Wahlrecht auszuschließen, erwiderte sie träge Dravol-Muse bei einem Teil der „liberalen“ Männer.

Und an demselben Tage, an dem der nationalliberale Wahlauftrag erschien, der für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts einzutreten verspricht, erklärte sich die „Südliche Nationalliberale Korrespondenz“ für das Dreiklassenwahlrecht!

Zum Ueberflus sei noch angefügt, daß der nationalliberale Abgeordnete Gieber im württembergischen Landtag sich erst vor kurzem aufs entschiedenste dagegen wandte, für die zu schaffenden Landwirtschaftskammern das gleiche Wahlrecht einzuführen. Gieber will also eine Landwirtschaftsvertretung, in welcher der Kleinbauer durch das mehrfache Stimmrecht des Mittel- und Großbauern erdrückt wird.

Kann hiernach ein Wähler, dem sein Wahlrecht lieb ist, „liberal“ wählen? Rimmermehr! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Juni 1903.

Wilhelm Pfannkuch vor den Wählern.

Unser bisheriger und — wie wir überzeugt sind — auch künftiger Abgeordneter, Genosse Wilhelm Pfannkuch, sprach am Mittwoch unter großem Beifall im „Luisenpark“ über „Das Volksgericht am 16. Juni“. Genosse Pfannkuch erklärte, sich kürzer wie sonst fassen zu wollen, um den eingeladenen Gegnern Gelegenheit zur Erwiderung zu geben. Redner wies sodann die Behauptung der Gegner zurück, im jetzigen Wahlkampf sei es in erster Linie die Sozialdemokratie, welche einen rohen Ton in die Wahlbewegung gebracht. Dieses Gerücht habe seine Ursachen nur in dem Bestreben der Liberalen, für ihre eigene Feindschaft in der Vertheidigung der bürgerlichen Freiheit einen Vorwand zu haben.

Wie feig das Bürgertum sei, gaus daraus hervor, daß die Kandidaten, die Zeitungen und die Flugblätter der Liberalen liberal erklären: Je mehr sozialdemokratische Wahlstimmen, je mehr sozialdemokratische Abgeordnete — umso mehr würde das gleiche Wahlrecht gefährdet. — Redner weist dann geschichtlich nach, wie wenig der Liberalismus das Volkerecht geschützt hat. — Wir haben Feindstücke von einem solchen Liberalismus Reichschläge entgegenzunehmen. Wir sind mit dem Ausnahmegesetz fertig geworden und würden auch noch mit ganz anderen Dingen fertig werden, wenn es nötig wäre.

Der Schutz des Wahlheimnisses sei den Liberalen unangenehm, wenn sie auch öffentlich dafür eingestanden seien. Das neue Gesetz sei vernünftig darauf zurückzuführen, daß man die Verdrö von Wahlerrörismus der Sozialdemokraten schließlich geglaubt habe. — Aus der nationalliberalen Presse weist sodann der Redner nach, daß die Nationalliberalen das gleiche Wahlrecht am liebsten besöztigen wollen,

Nach einigen Ausführungen des Genossen Marxwald über die Taktik unserer Gegner im Wahlkampfe sprach Genosse Landsberg. Er setzte an zahlreichen Beispielen auseinander, daß am allerwenigsten von uns, sondern nur von unsern Gegnern gesagt werden kann, daß sie Terrorismus treiben. — Wie mir mitgeteilt wird, hat mein Kollege Herr Rechtsanwalt Kaufmann soeben in einer nationalliberalen Versammlung gesagt, die Wahl des Genossen Pfannkuch sei „verfassungswidrig“, da der Reichstag eine Volksvertretung sei; Pfannkuch vertrete jedoch eine Klasse, die Arbeiterklasse; der Reichstag sei jedoch keine Klassenvertretung. Ich verstehe gar nicht, wie mein Kollege Kaufmann, von dem ich weiß, daß er ein begeistertes Verehrer des Kaisers ist, sich derartig in Gegenfah zum Kaiser stellen kann. Der Kaiser hat den Arbeitern in Breslau geraten, zur Wahrung ihrer Interessen den schlichten Mann aus dem Volk zu wählen und ich meine, der deutsche Kaiser wird die Versammlung ebenso gut kennen, wie mein Kollege Kaufmann. — Unter lebhaftem Beifall erörterte Genosse Landsberg sodann die andern politischen Fragen, insbesondere das Wahlrecht, das Koalitionsrecht und den Arbeiterfragen.

Genosse Historius (als Vorsitzender) machte sodann noch einige Mitteilungen. Es sei unbedingt notwendig, daß jeder so früh wie möglich zur Wahl gehe. Ferner sei zu verlangen, daß sich alle Genossen und Genossinnen melden, die sich am Wahltag von sonstigen Verpflichtungen frei machen könnten. Nachdem Genosse Historius noch geflüstert habe, mit welcher eigenartigen Strenge bei der Aufstellung der Wählerliste in der Frage der „Armenunterstützung“ vorgegangen sei, wurde die Versammlung geschlossen. —

Der Mittelstands-Kandidat Müller — noch heute Zentrumsmann. Wähler Magdeburgs, wählt keinen Ultramontanen, der unter der Maske eines „Mittelstandsparteilers“ die Geschäfte der katholischen Geistlichkeit betreibt! Warnt die Bevölkerung vor den Jesuiten, die nach ihrem Grundsatze handeln: Der Zweck heiligt die Mittel! Schlan hat die Zentrumspartei zum Schein als ihren offiziellen Kandidaten den Zentrumabgeordneten v. Strombeck aufgestellt, um die Kandidatur Müller umso unbedenklicher erscheinen zu lassen. Unser Darmstädter Parteiblatt teilt soeben mit, daß Herr Schneidermeister Franz Müller in Dortmund dem Provinzialparlament der westfälischen Zentrumspartei angehört.

Es müßte sonderbar zugehen, wenn das Zentrum in Magdeburg einem unter falscher Flagge handelnden Zentrumsmann zu einer irgendwie in Betracht kommenden Stimmenzahl zu verhelfen.

Eine Versammlung der „Mittelstandspartei“ findet heute, am Donnerstag, in den „Nationalen“ statt. Für diese Versammlung ist unser Genosse — wie Herr Kaufmann Schütz am Dienstag öffentlich bekannt hat — ehrenvoll Redebeiträge zugesichert. Wir betonen nochmals, daß wir nicht wünschen, daß in dieser Reihe unsere Genossen den Saal füllen und daß wir im Gegenteil unter Gegnern sprechen wollen. Es ist also keine Verpflichtung, in dieser Versammlung zu erscheinen. —

Zu dem Gerüchteleintrag in der Großen Reichstags-Sitzung am Mittwoch vormittag wird uns mitgeteilt, daß das Brechen des Gerüchteleintrag durch Lagernden Schmitt, sondern durch das plötzliche Abfließen des Schmitts herbeigeführt worden ist. —

Arbeiterzettel. Am Mittwoch nachmittags stürzte der Arbeiter Heinrich Brodshuhn aus Jemmelshausen

beim Abnehmen eines Scherzeuges in der Fabrik von Föhring u. Sauter eine Etage hoch von der Leiter, wobei sich B. eine Verletzung des Hinterkopfes zuzog. Durch die Sanitätswache Budau wurde der erste Verband angelegt, worauf der Verletzte nach dem Sudenburger Krankenhause gebracht wurde. —

Beinahe getödt. Zur Erregung eines öffentlichen Vergernisses gab am Mittwoch der Grudofokshändler G. von der Stephansbrücke auf der Warte Veranlassung, indem er seinen Ziehund mit einem abgebrochenen Reißhaken in rohester Weise schlug. Unter anderm schlug er dem armen Tier ein Stück von einem Ohr ab. Die Anwohner der Warte nahmen Partei für den Hund und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre aus dem Züchtiger ein Gezüchtigter geworden. —

Freie Religionsgesellschaft. Freitag den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gemeindehause, Markstraße 1, die Gemeindeversammlung statt. —

Provinz und Umgegend.

Cracau, 11. Juni. (Eine Wählerversammlung.) Am Mittwoch abend fand im „Landhaus“ eine Wählerversammlung, in der Volkskammer Werten aus Berlin seine freisinnige Kandidatur ankündigte. Der Redner hatte die Situation der von 20 Wählern freigesetzten, 30 Sozialdemokraten, zu 15 Vertretern aus Magdeburg und 30 Cracauer Wählern behandelte Versammlung wohl überblickt. Mit der Sozialdemokratie ging Redner sehr vorsichtig um, während Herr Herberich Wismarck sowie die ganze Juntergruppe schlecht wegkamen. Der Redner sagte ferner über die Sozialdemokraten im Wahlkreise Cracau: Er kam sich mit den Cracauer Sozialdemokraten trösten. Die Parteien sind nicht stark. „Liberal“ wie immer gestattete man nur Anträge. —

Groß-Utterleben, 10. Juni. (Flugblattverbreitung.) Samstagmorgen um Sonntag morgen gibt es, auch zu unserm Teile, kein Flugblatt. Das Flugblatt der Sozialdemokratie ein vollständiger und das des Liberalen ein höchst pöbelhaftes bei Friß Strumpf. Da wir diesmal auch Cracau und Umgegend beschriften müssen, werden mindestens 100 Genossen zur Verbreitung gebraucht. —

Groß-Utterleben, 10. Juni. (Arbeitervereins-Versammlung.) Am Sonntag abend 8 Uhr Vereinsversammlung! Gedankvoll und danklich, damit die seitens der Gegner eintreffende öffentliche Wählerversammlung noch besucht werden kann. —

Gr.-Utterleben, 10. Juni. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag den 6. Juni fand hier in Strumpfschen Lokale eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Reichmann Landsherg über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. Redner behandelte mit diesen Worten, daß das Wahlrecht der Freisinnigen die nationalliberalen Kandidatur unterstütze. Durch dieses Wahlrecht würden noch freigesetzte denkende Männer aufgestellt werden, um ihre Stimme mit den Sozialdemokraten zu geben. Sodann ging Redner über mit den Nationalliberalen ins Gericht, er behauptete die Kandidaten dieser Partei und kam zu dem Schluß, daß das Wahlrecht diese Partei so groß ist, daß sich auch der letzte Wähler mit dem Arbeiterhande klar sein müßte, daß er am Wahltag mit der Sozialdemokratie zu wählen hat.

Genosse Landsberg sprach nun auf den Sozialist ein und bewies schlagend, daß der Kampf der Arbeiter am schwersten unter ihm zu führen haben wird, wenn er jemals in Kraft tritt; er knüpfte daran die Hoffnung, daß die Nationalliberalen dadurch die Strafe empfangen werden, daß sie für die Reichstagswahlen und unsere Genossen ihre Plätze einnehmen. —

Genosse Landsberg gab bekannt, daß ihm ein Flugblatt der Reichstagswahlen vorlag, das er es aber nicht für der Mühe wert halte, dasselbe einzulegen, da er gar keine Zeit hat, um es zu lesen, das hier davon nicht wäre, sondern daß es ein Nachwort des unglücklichen Königs von Belgien sei.

Sodann wurden die Einzelanträge gegen die Gewerkschaften gelesen und es wurde ein Antrag über die Gewerkschaften angenommen; aber trotz hoher Zustimmung hat es doch die Gewerkschaften verlassen, ihre Arbeitsverhältnisse haben sie geändert, nur der Landbesitzer, denen ihr Recht immer noch gewahrt worden ist, ist dies noch nicht gelungen.

Zum Schluß sprach Redner nochmals an, wie sehr wir zu arbeiten, daß auch die letzte Stimme aus dem Volke der Sozialdemokratie gehört werden sollte. Sodann wurde mit lang erhebelndem Beifall angenommen, daß der Kampf gegen die Gewerkschaften, welche sich am Tage der Wahl für unsern Kampf, auf sich kein Genosse Friedrich Götze zu machen. —

Salle a. E., 9. Juni. (Wähler- und Frauen-Versammlung.) Am 8. d. M. sprach in einer sehr gut besuchten Versammlung in der „Reichstapelle“ Frau Liez Berlin unter großem Beifall über die Pflichten der Frauen im Wahlkampfe. Eine Diskussion fand nicht statt.

Gleichzeitig geben wir auch hier noch bekannt, daß heute, am Donnerstag den 11. Juni, abends 8 Uhr, wieder eine Versammlung stattfindet, in der unser Reichstagskandidat Genosse Albert Schmidt sprechen wird. In dieser Versammlung ist der Fabrikant und Hauptmann v. B. H. Nicolai — der Herausgeber des Flugblattes „An die Militärvereine! Werte Kameraden“ — mittels eingeschriebenen Briefes besonders eingeladen worden.

Parteigenossen, siehe keiner; forge jeder, daß diese Versammlung stark besucht wird! —

Genthin, 10. Juni. (Eine imposante Versammlung.) Was es, in der Genosse Redakteur Robert Albert am Montag abend sprach. Kopf an Kopf füllten die Zuhörer Saal, Tribünen und Nebenräume. Der brieflich eingeladene freisinnige Kandidat des Kreises war krankheitshalber leider nicht erschienen. Der Beifallsturm, den Genosse Albert entstellte, ließ allerdings keinen Zweifel darüber, wie die Genthiner Arbeiterklasse über die Gegner denkt. Wichtige Punkte bekam vor allem die Partei Bismarck und ihre Gefolgschaft von verpöbelten Mandatären, die sich nicht gekümmert haben, die Hauptgestalten ihrer Vorfahren aus dem Mittelalter nach dem Reichstage zu verpflanzen.

Falberstadt, 10. Juni. (Maurerverammlung.) Im Gewerkschaftshause fand am Dienstag abend ein stark besuchte Maurerverammlung statt. Dr. Krohn hielt einen Vortrag über „Rechte und Pflichten zur Reichstagswahl“. In seinem Schlußwort forderte er die Anwesenden auf, sich am Tage der Wahl zur Verfügung zu stellen. Durch einen Beschluß, welcher im Laufe der Versammlung gefaßt wurde, wonach am Wahltag nachmittags gefeiert werden soll, haben die Maurer bewiesen, daß sie den treffenden Ausführungen des Vortrages Folge leisten und sich am Wahltag in den Dienst der Partei stellen werden. —

Luedtburg, 10. Juni. (Auf zur Versammlung.) Am Sonntag abend referiert Genossin Liez im „Vorwärts“. Handzettel können Donnerstag in Empfang genommen werden. Die Parteigenossen, welche uns am Wahltag helfen wollen, haben sich am Freitag abend zu einer Versprechung im „Vorwärts“ einzufinden. Zur Feier des Volksfestes versammeln sich die Genossen mit Familien nachmittags 2 Uhr im „Vorwärts“. —

Luedtburg, 10. Juni. (Die Versammlungen) sowohl hier im „Kaiser Friedrich“ wie im benachbarten Diskurs waren gut besucht, die hiesige von mehr als 500 Personen. In beiden Versammlungen sprach unser Reichstagskandidat, Genosse Albert Schmidt, unter lebhaftem Beifall. —

Schönebeck, 10. Juni. (Die Freiheit der National-Liberalen) wird dadurch in ein helles Licht gerückt, daß sie in ihrem letzten bei Hirschfeld er gedruckten Flugblatt die „Ausbeutung“ der „Vorwärts“ beschäftigten Schriftsteller erwähnen. Bei Hirschfeld sind 6 Lehrlinge mehr als nach dem Tarif zulässig ist. Auch sind die Löhne, welche der Vorstand der Maschinenfabrik unter Tarif, welche ihre Flugblätter in einer Druckerei herstellen lassen, welche eine so beipielsweise Lehrlingszuchtung treibt, nur um im Interesse eines reichen Verlegers möglichst wenig Gehältern einzustellen, und dann noch den Wert haben, die verhältnismäßig glänzenden Zustände in der „Vorwärts“-Druckerei zu schmälern, stehen so niedrig, daß man sich nicht mehr mit Empörung, sondern nur mit Ekel vor ihnen abwenden kann. —

Schönebeck, 10. Juni. (Kartellbericht.) In der Sitzung am 5. Juni (Freitag) waren 16 Delegierte und 4 Gäste anwesend. Es fehlten entschuldigend je 1 Delegierter der Holzarbeiter und Brauer. Unentschuldigend fehlten 2 von den Maurern und je 1 der Metallarbeiter, Maler, Schneider und Schiffszimmerer.

Der Vorsitzende verliest zunächst die Beschlüsse der Festkommission zum Gewerkschaftsfest. Die Kommission wird um 5 Kollegen verstärkt. Beschlossen wurde, in diesem Jahre keinen Umzug zu veranstalten. Eine längere Debatte entzündet sich bei der Frage der Unterstützung der Brauer und Brauerarbeiter der „Kaiserbrauerei“ von U. und W. Alendorff in Schönebeck. Der Vorsitzende der Filiale der Brauer gibt den Situationsbericht. Die Brauer und Arbeiter hatten einen Lohnvertrag mit folgenden Hauptbedingungen ausgearbeitet (bisher erhielten die Brauer 95 Mark, steigend bis 105 Mark pro Monat); für Brauer 24 Mark, nach 6 Monaten 25 Mark pro Woche, Ueberstunden extra. Die Arbeiter erhielten bisher 18 Mark pro Woche, sie verlangen 19 Mark, nach 6 Monaten 20 Mark. Der Chef der Firma, Geheimrat Kommerzienrat Alendorff, lehnte diese Forderungen kurzweg ab. Die Kollegen wurden obendrein wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen. Ein Antrag, wegen dieses Vorgehens eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung einzuberufen, wurde angenommen. Zum Schluß fordert der Kassierer dazu auf, die noch ausstehenden Listen für die Brauerer Arbeiter einzufenden. —

Feuilleton.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.
Aus dem Englischen übertrug von E. von Schönbach, bearbeitet und herausgegeben von E. von Schönbach.
(147. Fortsetzung.)

„Unter dem Namen ‚Kenilworth‘“ sprach die Gräfin, sich an den Kerkermeister wendend, „wenn mich vor diesen da ist, bist du auch ein Kenilworth.“

„Sie spricht höflich,“ sagte der Kerkermeister, „ich will Ihre Partei nehmen. Ich habe meine Pflichten hier und habe so gute Beziehungen unter meinen Schloß geübt, wie Sie zu Newgate und im Tower; sie gehen zu meinen Schloß und niemand soll sie in ihrem Schloß stören. Ich habe das Weib los, oder ich will Sie das Weib mit dem Schloßbund mischlingen.“

„Über will ich einen Vorschlag machen,“ sagte der Kerkermeister, „wenn Sie wollen, so will ich Sie in den Kerker nehmen und Sie werden mit Ihnen meine Arm verwechseln.“

„Gut,“ sagte der Kerkermeister, „aber Sie müssen sich beeilen.“

Sodann sagte Michael beim Arm, so daß er seinen Degen nicht ziehen konnte, und als Lambourne sich von ihm losmachte, machte er einen Schritt zurück, die Gräfin sah zu ihm hin und sah aus dem Schloß, den der Kerkermeister nach immer schloß; so entstand sie sich ihm, sie sah mit dem Kerkermeister die Gräfin hin und sah zu ihm hin, während er seinen Schloß mit einem Geräusch zu Boden wirft, welches der Gräfin vernehmbar war. Das äußere Schloß konnte der Kerkermeister nicht öffnen, da es Lambourne mit seinem Hauptkammern geöffnet hatte; so gelang es schließlich die Gräfin hin und in den Kerker zu gehen, der Kerkermeister schloß das Schloß mit einem Geräusch zu Boden, während er seinen Schloß mit einem Geräusch zu Boden wirft, welches der Gräfin vernehmbar war. Das äußere Schloß konnte der Kerkermeister nicht öffnen, da es Lambourne mit seinem Hauptkammern geöffnet hatte; so gelang es schließlich die Gräfin hin und in den Kerker zu gehen, der Kerkermeister schloß das Schloß mit einem Geräusch zu Boden, während er seinen Schloß mit einem Geräusch zu Boden wirft, welches der Gräfin vernehmbar war.

„Ich habe mich nicht zu fällen, und dieser hielt dagegen, daß Schloß so ist bei der Gräfin, daß diesem das Weib mit dem Schloßbund mischlingen.“

„Ich habe mich nicht zu fällen,“ sagte der Kerkermeister, „wenn Sie wollen, so will ich Sie in den Kerker nehmen und Sie werden mit Ihnen meine Arm verwechseln.“

„Gut,“ sagte der Kerkermeister, „aber Sie müssen sich beeilen.“

Sodann sagte Michael beim Arm, so daß er seinen Degen nicht ziehen konnte, und als Lambourne sich von ihm losmachte, machte er einen Schritt zurück, die Gräfin sah zu ihm hin und sah aus dem Schloß, den der Kerkermeister nach immer schloß; so entstand sie sich ihm, sie sah mit dem Kerkermeister die Gräfin hin und sah zu ihm hin, während er seinen Schloß mit einem Geräusch zu Boden wirft, welches der Gräfin vernehmbar war.

Er bemühte sich, seine Kleider in Ordnung zu bringen und Gesicht und Hände von den Spuren des Kampfes zu säubern.

„Was hast Du ihm getan?“ fragte der Vorsteher, den Kerkermeister küßte sie, „sein Gesicht ist ja schrecklich aufgeschwollen.“

„Das ist nur der Stempel meines Hauptkammerns — viel zu gut für sein Galgenesicht. Niemand soll meine Gefangenenscheidungen oder mißbrauchen, sie sind meine Kleinodien und ich schließe sie jetzt in ihre Kästen ein. Darum Mamsell, laß über Klagen. Was? hier war doch ein Weib.“

„Ich glaube, Ihr seid diesen Morgen alle toll,“ sagte der Vorsteher. „Ich habe kein Weib hier gesehen, auch keinen vernünftigen Menschen, sondern zwei Bestien, die sich auf der Erde herumwälzten.“

„Rein, dann bin ich verloren,“ rief der Kerkermeister; „des Gefängnis ist erbrochen, Kenilworths Gefängnis, das der mächtigste Kerker zwischen hier und den Walliser Marken ist, wo Ritter und Grafen und Könige so sicher gefesselt haben, wie im Tower zu London. Es ist erbrochen, die Gefangenen frei und der Schloßherr kann gehängt werden.“

Mit diesen Klagen eilte er in seine Zelle, um sie entweder fortzusetzen, oder seinen Klagen auszuschlafen. Lambourne und der Vorsteher folgten ihm auf dem Fuße und taten wohl daran, da der Kerkermeister aus Gemüthslosigkeit das Schloß hinter sich zu schließen wollte; und hätten sie es nicht verhindert, so würde ihnen das Vergnügen zuteil, im Turmgehoß, welchem die Gräfin soeben entflohen war, eingeschlossen zu werden.

Die unglückliche Lady floh, sobald sie sich in Freiheit sah, nach dem Lustgarten. Sie hatte diesen reich geschmückten Mann aus dem Fenster im Wirthshaus gesehen und im Augenblick der Flucht fiel ihr ein, daß sie zwischen diesen zahlreichen Lauben, Bäumen, Stämmen, Springbrunnen und Grotten wohl einen versteckten Ort finden würde, um sich zu verbergen, bis sich jemand fände, dem sie ihre verlassene Lage anzuzeigen und durch dessen Vermittlung sie eine Zusammenkunft mit ihrem Gatten erlangen könnte.

(Fortsetzung folgt.)

und ihre vielgestaltige, vielsprachige, in rund 150 000 Exemplaren verbreitete Gewerkschafts-Presse. (Ueber die Verhandlungen des Kongresses werden wir kurze Berichte bringen.)

Zur Beachtung für auswärtige Wahlkomitees!

Auf den meisten uns zugehenden Karten, welche um Mitteilung des Wahlergebnisses ersuchen, befindet sich der unerklärliche Satz:

„Zu beachten bitten wir, daß bei späten Telegrammen Nachträge zu zahlen ist.“

Da selbst gewöhnliche Gilbriefer in der Nacht ohne erhöhte Tage befördert werden, so kann auch für Telegramme keine Nachträge verlangt werden. Eine eingehende Erkundigung meinerseits auf hiesigem Telegraphenamte bestätigte meine Auffassung.

Für das Magdeburger Wahlkomitee:
Robert Bistorius.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Juni 1903.

In gutem Rufe stehen unsere bekanntesten Parteigenossen bei dem Wahlkomitee der Nationalliberalen. Dieselben ließen ihre Einladung zu ihren letzten Versammlungen auch solchen Leuten zugehen, welche öffentlich für die Sozialdemokratie zu agitieren pflegen. Dasselbst heißt es: „Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß auch Sie Anhänger der staats-erhaltenden Parteien sind und bitten um ihr Erscheinen.“

Da die Sozialdemokratie eine eminent staats-erhaltende Partei ist, haben die Herren mit ihrer Annahme recht.

Das nationalliberale Flugblatt, welches vor etwa 14 Tagen erschien, hatte auch Herr Farbenfabrikant Trautmann (Wilmshorst) unterzeichnet. Da nach diesem Flugblatt auch den Arbeitern ihr Recht werden soll, so hoffen wir, daß Herr Trautmann seine Böttcher endlich nach dem hiesigen Lohnsatz bezahlt. Auch die 10stündige Arbeitszeit hätte Herr Trautmann in seinem Betriebe schon längst einführen können, umso mehr, da die Arbeit in den Farbenfabriken eine sehr ungesund ist. Daß unter diesen Umständen es dort keiner lange ausschäft, ist selbstverständlich. Die hiesigen Kollegen fangen, wenn irgend möglich, auch gar nicht erst dort an. Wenn Herr Trautmann alle diese und noch verschiedene andere Mängel beseitigt hat, wollen wir ihm gern glauben, daß das, was er in dem Flugblatt durch Unterschrift verspricht, sein Ernst ist.

Die Versammlung der Mittelstandspartei, die am Mittwoch abend nach Fichtlers Konzerthaus einberufen war, hatte sich nur eines mäßigen Besuchs zu erfreuen. Jene welche Angriffe auf die sozialdemokratische Partei sind diesmal unterblieben, da Herr Schulz kurz nach Eröffnung der Versammlung sich nach dem „Hohenzollernpark“ begeben mußte, um dort die Erklärung abzugeben; daß — Herr W. I. L. der Zentrumspartei nicht angehört. (Darüber wird natürlich noch viel gesprochen werden müssen. D. Red.) Nach dem Referate des Schneidermeisters M. I. L. rezitierte Herr Sengbusch die seinerzeit von Herrn Professor S. u. s. in der „Fürstenhof“-Versammlung gemachten Ausführungen über Freizügigkeit und Gewerkschaft, über Warenhäuser usw. Da Herr Sengbusch sein Referat in Ermangelung eigener „geistiger Arbeit“ vom Blatt ablas und dadurch die Anwesenden zum Einschlafen brachte, war es mit Freunden zu begrüßen, daß ein hiesiger Beamter, Herr Lademeister S. a. m. s. gegen die „Volksstimme“ und gegen die vom Genossen M. i. t. s. in der Versammlung im „Wilmshorstgarten“ gemachten Neußerungen zu Felde zog. Genosse M. i. t. s. trat ihm unter dem Beifall eines Teils der Anwesenden entgegen und forderte die Anwesenden wiederum auf, bei einer event. Stichwahl nicht dem Großkapitalisten Trendt, sondern dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben.

Für die Mittelstandsblätter ließ gestern in der Halberstädterstraße Herr Sengbusch durch Schulknaben Versammlungs-

Einladungen auf der Straße verbreiten. Herr S. hat diesen Kindern 15 Pfennig für diese Arbeit bezahlt. Ein Parteigenosse hat einen dieser Knaben, ihm die Bettel alle zu überlassen, wozu der Knabe auch bereit war. Wir müssen also Vorsicht empfehlen.

Herr Stein als Medner. Endlich hat nun Herr S. Stein auch sein Teil dazu beigetragen, daß die Wahl des Herrn Trendt als aussichtslos angesehen werden kann. In der gestrigen Versammlung der sog. Ordnungsparteien im „Hohenzollernpark“ sprach Herr Stein zunächst seine Genehmigung über die vorgelegene Einigung der Konserverfabriken, Nationalliberalen und Freizügigen aus. Er bedauerte, daß der Mittelstand eigenständig an der Sonderanbahnung des Mittelwestmanns M. a. l. e. r. festhalte. Als Herr Stein anführte, gleichsam als Beweis für die sich vollzogene Besserstellung der Lebenshaltung im allgemeinen, daß sich das Durchschnittsalter des Deutschen von 35 auf 43 Jahre erhöht habe, ging ein ungläubiges Kopfschütteln durch die Versammlung. „Frech und unverschämmt“ (rief nach Stein. Ann. d. R.) sei es, zu behaupten, es geschehe nichts für die Arbeiter. 3 1/2 Milliarden Mark (!!) seien bereits für die Arbeiter gezahlt worden. Für die Hinterbliebenen seines im vorigen Jahre verunglückten Kutschers habe er selber 900 Mark herausgeschlagen. — Pfannbatter!

Herr Stein wird für einen Mann stimmen, der das Polizeiregiment in Deutschland fördern will.

Nichtigstellung. In der Nummer 129 der „Volksstimme“ vom Sonnabend den 6. Juni befindet sich unter Magdeburger Angelegenheiten ein Artikel mit der Stichmarke: „Ein feiner, lebenswürdiger Hauspatscha.“ Hierzu wird uns mitgeteilt, daß der am dritten Pfingsttage im Hause Artilleriestraße 6 mifhandelte junge Mann, der dort seinen Bruder besuchen wollte, nicht der Angegriffene, sondern der Angreifer gewesen ist. Derselbe hat durch fortgesetzte Schikanierungen und Bedrohungen des Wirts diesem mehrfach Veranlassung gegeben, ihn des Hauses zu verweisen. Am dritten Pfingsttage ist er wiederum erschienen und hat auf dem im Hausflur befindlichen Wirt eingeschlagen und diesen mit einem blanken Gegenstand, den er in der Hand hielt, bedroht. Der Wirt hat den Eindringling hierauf einfach hinausgeworfen. So der Sachverhalt. Herr Schuchardt ist niemals Schiffer, sondern Schiffsführer gewesen, er ist jetzt nicht Materialwarenhändler, sondern Privatmann. — Wir bedauern unter diesen Umständen, den unwahren Angaben eines sonst vertrauenswürdigen Gewährsmannes Glauben geschenkt zu haben.

12 Prozent Kirchensteuer, nicht mehr und nicht weniger, werden laut einer Sitzung der Gemeindeförperschaften der Paulusgemeinde, von den Angehörigen dieser Gemeinde für das Jahr 1903 erhoben werden. Die Kirche hat einen guten Wagen.

Unfälle. Im Sudenburger Krankenhaus fanden am Mittwoch Aufnahme: der Arbeiter Robert Gerike aus Sudenburg, der auf der Berliner Chaussee von einem Radfahrer überfahren wurde und sich dadurch eine Fußverletzung zuzog; ferner der Knabe Gustav Eitel aus der Neuen Neustadt, der von einem Spielkameraden mit einem Rock, in dessen Tasche sich ein Stein befand, über den Kopf geschlagen wurde, wodurch L. eine erhebliche Kopfwunde erhielt.

An die Magdeburger Parteigenossen!

Das Hauptwahlbureau für den Wahlkreis Magdeburg befindet sich am Wahltage — also am 16. Juni —

im Saale der „Bürgerhalle“ (Zug: Albert Water)

und ist geöffnet von morgens 6 Uhr ab.

Das Wahlkomitee der Sozialdemokraten Magdeburgs.
F. A.: Robert Bistorius.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 10. Juni 1903.

Körperverletzung. Der Arbeiter Friedrich Gerloff zu Pesterhagen, geboren 1879, befand sich am 26. Oktober 1902 auf dem Langvergüngen des Turnvereins Jahn, wo Streitigkeiten entstanden. Er mischte sich ein und schlug zwei Personen

angeblich mit einem Hauschlüssel. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen gefährlicher Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis. Die Berufungskammer stellte fest, daß Gerloff mit einem Schlagring geschlagen und sich in dem einen Falle in der Notwehr befunden habe. Die Strafe wurde daher auf 2 Monate Gefängnis ermäßigt.

Freigesprochen. Der Kaufmann Georg Gembus hier wurde vom Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs mit 10 Mark Geldstrafe belegt. Die Berufungskammer hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Körperverletzung. Der vorbestrafte Arbeiter Albert Rechner zu Fernersleben geriet am 18. Januar d. J. in einem Tanzlokal mit andern Personen in Wortwechsel und Schlägerei. Er schlug einen Gegner mit einem Schlüssel auf den Kopf, einen andern mit einer Latte. Das Schöffengericht erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf 3 Monate Gefängnis. Die Berufung wurde verworfen.

Körperverletzung. Der Arbeiter Wilhelm Mainz zu Förderstedt soll am 2. Januar d. J. abends den Arbeiter Wilhelm Niemert auf der Straße durch Schimpfreden beleidigt und mit einem Stock geschlagen haben. Das Schöffengericht in Staßfurt verurteilte den Angeklagten dieserhalb zu zwei Monaten und einem Tage Gefängnis. Der Einwand deselben, er sei nicht der Täter, es müße eine Personenverwechslung vorliegen, fand keine Bestätigung. Die Berufungskammer billigte aber mildere Umstände zu, hob daher das erste Urteil auf und verurteilte Mainz zu 50 Mark Geldstrafe.

Diebstahl. Die verheiratete Anna Grosse zu Schönebeck soll ihrer Arbeitgeberin wiederholt Wirtschaftssachen gestohlen haben und wurde deswegen vom Schöffengericht am 16. April d. J. zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Berufung wurde verworfen.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Deveschen-Bureau.)

London, 11. Juni. Die Frage des Zollvereins bildet noch immer in der Presse den Hauptgegenstand der Erörterung. Die Gerüchte von einer Demission Chamberlains und Auflösung des Unterhauses sind indessen völlig verstummt.

Frankfurt a. M., 11. Juni. Aus Stuttgart meldet die „Frankf. Ztg.“: Die Direktion der Eßlinger Maschinenfabrik hat der Daimler-Motorwagen-Gesellschaft in Cannstatt in ihrer Fabrik Arbeitsräume zur Verfügung gestellt. Es soll nun in diesen Räumen der Betrieb des Werkes schon in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Teilweise wird heute schon in die Arbeit eingetreten werden. Die übrigen Arbeiter werden mit provisorischen Arbeiten, wie Abräumen des Schuttes u. dergl. beschäftigt, um ihnen die Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Obwohl die Gesellschaft versichert ist, trifft sie doch ein erhebliches Schaden.

Marseille, 11. Juni. Der Dampfer „Janghe“, aus Syrien kommend, ist gestern früh hier eingetroffen; an Bord befand sich der wegen Schwindeln verfolgte und in Beirut verhaftete Abbe Rosenberg. Derselbe wurde interniert und erklärte, er hoffe sich vor seinen Anklägern rein zu waschen; er habe zwar Gelder unterschlagen aber einzig und allein im Interesse wohltätiger Zwecke.

Sibourne, 11. Juni. Der Zustand des bei der Automobil-Wettfahrt Paris-Bordeaux verunglückten Fahrers Barrow hat sich derart verschlimmert, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Großwardein, 11. Juni. (Eig. Draht.) Der internationale Einbrecher Franz Dufel wurde in dem Moment verhaftet, als er in das hiesige Ursulinerinnenkloster einbrechen wollte.

Agram, 11. Juni. (Eig. Draht.) Gegen den Chefredakteur und Landtagsabgeordneten Dr. Derencin erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Aufreizung.

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Seite 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Magdeburg. Sonnabend den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Bezirks Neue Neustadt im „Weißen Hirsch“ Friedrichsplatz 2.

Zentral-Verband der Schmiede. (Zahlst. Magdeb.) Sonnabend den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Versammlung bei G. Böhm, Kl. Klosterstraße 15—16.

Männer-Turnverein „Angola“, Übungsstunden jeden Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr in der städt. Turnhalle, Nachweide 99. Dasselbst Turnen der Damenabteilung Mittwoch von 9—10 Uhr.

Briefkasten.

G. S., Magdeburg. Sie sind nur da wahlberechtigt, wo Sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten gewohnt haben.

Ed., Thale. Der Passus kann nunmehr in dem Berichte veröffentlicht werden, wegen der behördlichen Schereien.

Fünf Wähler-Versammlungen

am Montag den 15. Juni, abends 8 Uhr

in folgenden Lokalen:

In Magdeburg
im „Dreikaiserbund“
Vortrag des Gewerkschaftsbeamten
Ernst Bauer

In Sudenburg
in der „Zerbster Bierhalle“
Vortrag des Rechtsanwalts
Otto Landsberg

In Buckau
im „Thalia-Saal“
Vortrag des Geschäftsführers
August Fabian

Neue Neustadt
im „Weißen Hirsch“
Vortrag des Stadtverordneten
Wilhelm Haupt

Alte Neustadt
in der „Krone“
Vortrag des Stadtverordneten
Alwin Brandes

Parteigenossen und Genossen! Es ist gewissermaßen die letzte Andacht, die wir vor der Wahlkacht abhalten. Füllt deshalb die Säle, stärkt den Kampfesmut der Partei und agitiert in allen Kreisen für den Besuch dieser wichtigen Versammlungen. Gegner sind eingeladen und haben Redefreiheit!

Das Wahlkomitee der Sozialdemokraten Magdeburgs.

H. Lublin

Freitag, Sonnabend

Extra-Preise für Restbestände

Seiden-Satin für Blusen, 130 cm breit	Extra-Preis Meter	1.00
Brokat-Kleiderkattun	Extra-Preis Meter	35
Zephir für Blusen und Kleider	Extra-Preis Meter	25
Chemise für Blusen und Kleider	Extra-Preis Meter	20
Glandruck und Cretonne	Extra-Preis Meter	22 $\frac{1}{2}$ 30 37 $\frac{1}{2}$
Kleiderbarchent	Extra-Preis Meter	25
Loden 80/90 cm breit, in allen Belangen	Extra-Preis Meter	35 50
Beige reine Woll, 110 cm breit	Extra-Preis Meter	97 $\frac{1}{2}$
Cheviot reine Woll, 110 cm breit	Extra-Preis Meter	97 $\frac{1}{2}$
Blusenstoffe in karierten Dessins Wert 1.65	Extra-Preis Meter	75

Satin Converture für Bezüge	Extra-Preis Meter	25
Satin Augusta für Bezüge	Extra-Preis Meter	35 und 40
Bettzeug 80/2 cm breit, in karierten Dessins	Meter	22 $\frac{1}{2}$ 30 37 $\frac{1}{2}$
Stepper für Kleider, 90 cm breit	Extra-Preis Meter	40
Schürzenstoffe Jacquard, 90 cm breit	Extra-Preis Meter	50
Schürzenstepper 90 cm breit	Extra-Preis Meter	50
Pique-Barchent	Extra-Preis Meter	27 37 $\frac{1}{2}$
Hemdentuch	Extra-Preis	15 20 25
Louisianatuch in der Wäsche sehr bewährt	Extra-Preis Meter	22 $\frac{1}{2}$ 27 30
Waschstoff für Knabenanzüge	Extra-Preis Meter	50 65

Louisianatuch für Hemden u. Wäsche 10 Meter **2.75** Coupon 20 Meter **5.50**

Zrosseltuch ganz feinfädig, für elegante Selbstwäsche 10 Meter **4.00** Coupon

Handtücher

ca. 100 Dtd. Handtücher ganz Halbleinen 45x110	Extra-Preis Dtd.	2.75
ca. 75 Dtd. Handtücher weiß Dreif. mit farb. Streifen 45x110	Extra-Preis Dtd.	3.75
ca. 150 Dtd. Handtücher weiß Dreif. Halbleinen 50x110	Extra-Preis Dtd.	3.60
ca. 125 Dtd. Handtücher weiß Damast, Halbleinen 45x110	Extra-Preis Dtd.	3.50
ca. 100 Dtd. Handtücher weiß Damast, Halbleinen 50x110	Extra-Preis Dtd.	4.00
ca. 100 Dtd. Handtücher Ganzleinen mit rot. Streifen 40x100	Extra-Preis Dtd.	2.40
ca. 100 Dtd. Handtücher Ganzleinen, Halbleinen 50x110	Extra-Preis Dtd.	3.60
ca. 120 Dtd. Batist-Tüchelschürzen gestreifte Dessins mit Stickerei beiseitig Stück 35 St. eingestrichelt mit Stickerei garniert Stück 45 St.		
ca. 20 Dtd. Damen-Beinkleider Barchent, mit Schmückung-Ärmeln		1.10
ca. 200 Dtd. Wischtücher Baumwolle, 50x50 Dutzend 1.20 Halbleinen, 55x55 Dutzend 2.00		

Tafelzeuge

ca. 300 Tischtücher weiß Dreif. 110x120 u. 110x130 cm	Extra-Preis Stück	50
ca. 300 Servietten weiß Dreif. 60x60 cm	Extra-Preis Stück	15
ca. 300 Tischtücher Damast, Halbleinen, 115x125 cm	Extra-Preis Stück	95
ca. 300 Servietten Damast, Halbleinen, 60x60 cm	Extra-Preis Stück	25
ca. 400 Kaffeedecken mit Franse, grau mit farb. Streifen 110x110 cm	Extra-Preis Stück	70
ca. 600 Kaffeedecken mit Franse, bunt gemustert, 120x125 cm	Extra-Preis Stück	90
ca. 1000 Taschentücher englisch Batist, gestreift	Extra-Preis Stück	15
ca. 600 Nachjacken weiß Barchent, mit Spitze garniert		70
ca. 100 Dtd. Damen-Taghemden weiß Hemdentuch, mit Herzspitze, Ärmel- und Bordschluß, mit Spitzenbesatz		1.25
ca. 200 Dtd. Staubtücher 30x30 40x40 45x45 50x50 Dutzend 60 90 1.20 1.65		

ca. 165 Dtd. Buchstabentücher mit hunder. Punkte, in allen Buchstaben vorräthig Dutzend **95** St.

Nur Einzelverkauf — nicht an Wiederverkäufer.